

Dokumentation des Fachtags

„Es ist extrem wichtig, dass wir hier sind“ –

Migrant_innenjungendselbstorganisationen im Spannungsfeld
von hohem Engagement und geringer Anerkennung

24. November 2014 in Berlin



Der Fachtag „Es ist extrem wichtig, dass wir hier sind“ – MJSO im Spannungsfeld von hohem Engagement und geringer Anerkennung“ wurde veranstaltet vom Landesjugendring Berlin in Zusammenarbeit mit



Fachtag im Rahmen des Projekts



Das Projekt „Partizipation – Bildung – Integration“ wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie durch die Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration und den Jugend-Demokratiefonds Berlin.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Senatsverwaltung
für Arbeit, Integration
und Frauen



Inhalt

Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung	Seite 4
Begrüßung <i>Iran Jawadi, stellvertretende Vorsitzende des Landesjugendring Berlin</i>	Seite 5
Grußwort <i>Sigrid Klebba, Staatssekretärin für Jugend und Familie des Landes Berlin</i>	Seite 7
Fachvortrag: Zur zivilgesellschaftlichen und jugendpolitischen Relevanz von MJSO <i>Dr. Birgit Jagusch, ism Mainz</i>	Seite 9
Workshops	Seite 15
Kooperationen zwischen MJSO und Nicht-MJSO <i>Emel Kelahmatoğlu und Bastian Rast, Young Voice TGD</i> <i>Seyran Bostanci, Universität Hildesheim</i>	Seite 16
Besondere Herausforderungen für Muslimische Verbände in Deutschland und der Umgang mit Vorurteilen <i>Assia El-Mahmoud und Billal Kiani, Muslimische Jugend in Deutschland</i> <i>Kofi Ohene-Dokyi, RAA Berlin</i>	Seite 20
Integrationshilfe für junge Migrant_innen <i>Merdjan Jakupov und Patrick Bieler, Amaro Foro e. V.</i> <i>Guillermo Ruiz Torres, Sozialfabrik Forschung und Politikanalyse</i>	Seite 27
Engagement und Kompetenz – MJSO in der Antidiskriminierungsarbeit <i>Evîn Kofli, KOMCIWAN e. V.</i> <i>Dr. Melisa Salazar und Akinola Famson, BDB e. V.</i>	Seite 31
MJSO als politische Interessenvertretung und Akteure interkultureller Jugendarbeit <i>Ece Yıldırım, JuK Berlin e. V. und Pinar Kaba, DIDF-Jugend Berlin</i> <i>Yasmine Chehata, FH Köln</i>	Seite 37
„Nicht über uns, sondern mit uns!“ – Unterstützung, Anerkennung und mehr Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse für MJSO	Seite 44
Aktive Positionierung des Landes Berlin gegen Diskriminierung und Rassismus <i>Iran Jawadi, Jugendbund djo-Deutscher Regenbogen, Landesverband Berlin e. V.</i>	Seite 46
Einbezug von MJSO als Expert_innen in politische Entscheidungsprozesse <i>Patrick Bieler, Amaro Foro e. V. / Amaro Drom e. V.</i>	Seite 47
Finanzielle Anerkennung und institutionelle Förderung für das Engagement von MJSO <i>Bastian Rast, Young Voice TGD</i>	Seite 48
Ausblick	Seite 49

Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung



Begrüßung

IRAN JAWADI, STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DES LANDESJUGENDRING BERLIN

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freund_innen,

ich begrüße Sie herzlich zu unserem Fachtag „Es ist extrem wichtig, dass wir hier sind“ – Migrant_innenjugendselbstorganisationen im Spannungsfeld von hohem Engagement und geringer Anerkennung“.

Die Zusammenarbeit des Landesjugendring Berlin mit Berliner Migrant_innenjugendselbstorganisationen – im folgenden MJSO – begann vor mehr als zwei Jahren. Damals trafen sich verschiedene Verbände zum gegenseitigen Kennenlernen und zum Austausch über die jeweilige Verbandsarbeit. Auch der Jugendbund djo-Deutscher Regenbogen Landesverband Berlin e. V., in dem ich als Jugendbildungsreferentin tätig bin und unsere Mitgliedsgruppen begleite, um sie in ihrer Jugendverbandsarbeit zu unterstützen, war bereits zu Beginn dabei, ebenso wie die Verbände, die Ihnen heute im Rahmen dieser Veranstaltung einen Einblick in ihre vielfältige Arbeit geben werden.

Mittlerweile ist aus diesem zunächst losen Zusammenschluss ein festes Netzwerk gewachsen. Dieses Netzwerk bietet Raum zum Erfahrungsaustausch und Gelegenheit, jugendpolitische Themen miteinander zu diskutieren und gemeinsame Positionen zu entwickeln. Zusammen setzen wir uns mit problematischen Strukturen auseinander und entwickeln Handlungsoptionen, immer mit dem Ziel, den Wirkungsbereich der MJSO zu vergrößern. In diesem Netzwerk werden Interessen gebündelt und vertreten – und natürlich auch kommuniziert, zum Beispiel in Gesprächen mit den Senatorinnen Sandra Scheeres und Dilek Kolat in 2012 oder mit der Integrationsbeauftragten des Landes Berlin, Monika Lücke, in 2013.

Im Laufe der gemeinsamen Zusammenarbeit ist deutlich geworden, dass wir – trotz der Verschiedenheit unserer Verbände – immer wieder auf gleiche Themen stoßen und ähnlichen Konflikten gegenüberstehen. Vor allem dem Spannungsfeld von



hohem Engagement und geringer Anerkennung, das wir heute hier beleuchten und diskutieren wollen. Ohne zuviel vorweg zu nehmen, möchte ich kurz einige Worte zu diesem Spannungsfeld sagen:

- Die Verbände, die Sie heute Nachmittag kennenlernen werden,
- sind aktiv in der Jugendverbandsarbeit,
- treffen sich regelmäßig in Gruppen
- organisieren und veranstalten Seminare, Ferienfreizeiten und internationale Begegnungen,
- bieten Beratung und Unterstützung in Fällen von Diskriminierung,

- bieten sämtliche Formen sozialer Beratung an,
- leisten Flüchtlingsarbeit,
- engagieren sich in der politischen Bildungsarbeit,
- organisieren Veranstaltungen, Demonstrationen, Mahnwachen,
- engagieren sich mit unterschiedlichen Aktionen für Toleranz und diskriminierungsfreie Strukturen,
- sind Interessenvertretungen von jungen Menschen mit und ohne eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte,
- und leisten noch einiges mehr.

Alle diese aufgezählten Aktivitäten leisten die Verbände (nahezu) ausschließlich ehrenamtlich. Neben der fehlenden Förderung der Verbände kommt die mangelnde Wahrnehmung ihrer Kompetenz, ihrer Expertise und ihrer Relevanz für die Berliner Jugendverbandsarbeit hinzu. Es sind eben diese Umstände, die die MJSO in ihrer Arbeit behindern und ihnen die Ressourcen nehmen, die sie zur Entfaltung ihrer Verbandsstrukturen benötigen.

Mit dem heutigen Fachtag möchten wir Ihnen daher

- zeigen, wie wichtig MJSO für Jugendpolitik und Zivilgesellschaft sind,
- beleuchten, welche Rahmenbedingungen die Verbandsarbeit der MJSO einschränken,
- und einen ersten Schritt gehen, dieses Spannungsfeld zwischen hohem Engagement und geringer Anerkennung aufzulösen.

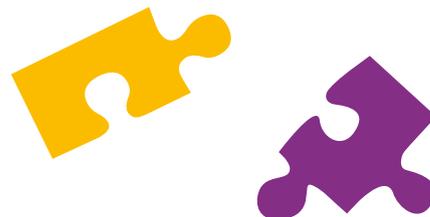
Die Ziele und Inhalte, die wir als Verbände vertreten, aber vor allem auch die Richtung, in die wir gehen möchten, werden Ihnen insbesondere am Abend, im Rahmen der Podiumsdiskussion, präsentiert.

Ich freue mich auf einen spannenden Fachtag mit Ihnen, interessanten Beiträgen, angeregten Diskussionen und auch hoffentlich dem einen oder anderen „Aha-Erlebnis“.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine ergebnisreiche und anregende Veranstaltung.

Vielen Dank!

Iran Jawadi
stellvertretende Vorsitzende des Landesjugendring Berlin



Grußwort

SIGRID KLEBBA, STAATSEKRETÄRIN FÜR JUGEND UND FAMILIE DES LANDES BERLIN

Sehr geehrte Damen und Herren,

Diversitätsbewusstsein mitgestalten. Deshalb ist es so wichtig, dass es sie gibt, die Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO)!

In der Tat ist das zivilgesellschaftliche und jugendpolitische Engagement der Arbeit der MJSO, ihre Leistung bei der Unterstützung von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte von großer Bedeutung und besonders wertzuschätzen. Denn dort sind die Aktiven, die mitgestalten wollen, die sich einbringen! Mit ihrem Engagement beteiligen sie sich nicht nur an jugendpolitischen Entscheidungsprozessen, sondern gestalten aktiv, selbstorganisiert und selbstbestimmt unsere Stadt zu einem Ort des gemeinsamen Austauschs und Miteinanders. Obwohl diese Organisationen in den letzten Jahren an Präsenz gewonnen haben, fehlt es noch an verlässlichen Strukturen und Netzwerken. Dies ist sicherlich auch ein Grund, weshalb ihre Arbeit in der Öffentlichkeit noch nicht genug wahrgenommen wird.

Durch die aktive Unterstützung des Engagements der MJSO bei der Gründung eines eigenen Netzwerkes trägt der Landesjugendring Berlin mit dazu bei, die Präsenz und die Sichtbarkeit dieser Jugendverbände und ihrer formulierten Interessen nach außen zu erhöhen. Dies ist sehr erfreulich. So sind inzwischen 10 Organisationen im Landesjugendring Berlin aktiv, die sich für die soziale, politische und gesellschaftliche Gleichstellung ihrer Mitglieder einsetzen. Sie sind Anlaufpunkte und haben eine wichtige Funktion als Interessenvertretungen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, sind Orte der Begegnung und des gemeinsamen Miteinanders, engagieren sich gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Vorurteile, leisten einen Beitrag zur Gleichberechtigung und Gewährleistung der demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft und haben zum Ziel, allen hier lebenden Menschen die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten zu ermöglichen. Sie haben eine wichtige Brückenfunktion für junge Menschen im Spannungsfeld von Herkunftstraditionen und kultureller Vielfalt.

Jugendliche mit Migrationshintergrund werden durch die Angebote der Berliner Jugendverbände noch nicht entsprechend proportional erreicht. Inzwischen beträgt ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in einigen Bezirken bereits mehr als 50 %.

Deshalb ist es wichtig, dass alle Jugendverbände Strukturen schaffen, die zur Weiterentwicklung der interkulturellen Jugendarbeit beitragen, d.h. die Integration, Teilhabe und Partizipation aller jungen Menschen, einschließlich der jungen Drittstaatsangehörigen, die erst vor kurzem nach Deutschland gekommen sind, ermöglichen.

Es braucht heute beides, die Interkulturalität in den bestehenden Verbänden erhöhen und die MJSO.



Die Landesjugendringe Hamburg und Berlin führen deshalb gemeinsam das Modellprojekt „Partizipation – Bildung – Integration“ durch. Ich hoffe und wünsche, dass die Ziele, die mit dem Vorhaben verbunden sind, nämlich die MJSO dabei zu unterstützen, stabile Verbandsstrukturen aufzubauen und diese zu verstetigen, aber auch die Strukturen des Landesjugendrings und seiner Verbände zu stärken, um die Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu optimieren, erreicht werden. Aber Zugangsbarrieren und Teilnahmemhemmnisse abzubauen ist nicht nur eine Aufgabe der Jugendverbände, sondern betrifft alle Bereiche der Jugendarbeit.

Maßnahmen zur Öffnung und Weiterentwicklung der interkulturellen Arbeit müssen weiter ausgebaut werden, um der kulturellen Vielfalt in Berlin gerecht zu werden. Auch der Jugend-Demokratiefonds hat in diesem Jahr mit einem Sonderschwerpunkt zur Unterstützung von Projekten jugendlicher Migrantinnen und Migranten und MJSO beigetragen.

Dabei steht der Senat an der Seite des Landesjugendrings Berlin und es ist aller Anstrengung wert, hier weiter voranzukommen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Sigrid Klebba

Staatssekretärin für Jugend und Familie des Landes Berlin



Fachvortrag: Zur zivilgesellschaftlichen und jugendpolitischen Relevanz von MJSO

DR. BIRGIT JAGUSCH, ism MAINZ

Dr. Birgit Jagusch, ism Mainz

Sozialwissenschaftlerin. Untersuchte in ihrer Dissertation „Praxen der Anerkennung. ‚Das ist unser Geschenk an die Gesellschaft‘. Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ das Spannungsfeld zwischen Anerkennung und Exklusion, in dem sich Vereine von minorisierten Jugendlichen bewegen. 2001-2010 Referentin des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung e. V. (IDA) in Düsseldorf, seit 2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism). Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Themenbereichen Jugendarbeit, Migration, Partizipation, rassismuskritische Bildungsarbeit/Pädagogik, Diversity, Migrationssensibler Kinderschutz.

Die Perspektiven auf Vereine von Jugendlichen mit Migrationsgeschichten (MJSO bzw. VJM)¹ haben sich während der letzten Zeit stark verändert: Noch vor wenigen Jahren kreisten die Diskussionen über diese noch relativ junge Vereinsform darum, ob die Selbstorganisation von jungen Menschen mit Migrationsgeschichten eine begrüßenswerte oder eher kritisch einzuschätzende Entwicklung darstellt. Heute dagegen wird in Diskussionen über die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbände ganz selbstverständlich über die Notwendigkeit der Förderung von MJSO gesprochen und diese sind aus der Jugendverbandslandschaft mittlerweile nicht mehr wegzudenken. Auch das Projekt „Partizipation – Bildung – Integration“ ist ein Beleg, dass VJM zu bedeutenden Akteuren der Zivilgesellschaft geworden sind. Unter MJSO bzw. VJM werden in diesem Beitrag alle Formen der Vereins- und Verbandsbildung, der Selbstorganisation und der Gruppenzusammenschlüsse von jungen Menschen mit Migrationsgeschichten verstanden, die sich auf Basis von Freiwilligkeit

und Selbstorganisation dauerhaft engagieren und jugendspezifische und pädagogisch fundierte Angebote für Jugendliche bereitstellen (Jagusch 2011).

Wie sich zivilgesellschaftliches und jugendpolitisches Engagement in den MJSO entfaltet und an welche Barrieren dieses stoßen kann, soll im Folgenden beleuchtet werden.

Jugendverbände als Motoren zivilgesellschaftlichen und jugendpolitischen Engagements

Zivilgesellschaftliches Engagement ist stets an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden. Drei der zentralen Bedingungen sind die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft, der hohe Stellenwert der Partizipation und die Bedeutung des Sozialraums bzw. das Agieren im Gemeinwesen. Diese drei Faktoren sind auch für das Engagement von und in MJSO von hoher Relevanz. Zunächst



einmal basiert jegliches Engagement auf dem freiwilligen Entschluss, sich für ein bestimmtes Anliegen einsetzen zu wollen. Engagement kann nicht erzwungen werden, so dass beispielsweise auch die Angebote von Jugendverbänden, wenn diese nicht attraktiv und passgenau auf die Interessen der Jugendlichen zugeschnitten sind, nicht angenommen und nachgefragt werden. Weiterhin ist zivilgesellschaftliches Engagement an ein hohes Maß an Partizipation der Mitglieder gebunden. Ohne ehrenamtlich Aktive, die sich in ihrer Freizeit zusammenschließen und an der Verwirklichung bestimmter Ziele arbeiten, ohne dafür monetäre oder anderweitige Kompensation zu erhalten, ist Engagement nicht denkbar. Der Aspekt der ehrenamtlichen Arbeit ist zivilgesellschaftlichem Engagement entsprechend inhärent, wenngleich es in der Regel funktionierender hauptamtlicher Strukturen bedarf, um das Ehrenamt nicht zu überfrachten. Schließlich spielt der Sozialraum eine entscheidende Rolle, wenn es um die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement geht. Der überwiegende Teil an Themen und Anlässen, sich zu engagieren, emergiert im sozialen Umfeld, direkt aus den Bedarfen der Bevölkerung heraus. Dies macht es für die Aktiven auch leicht, sich mit den Anliegen zu identifizieren, da das Engagement im besten Fall direkte Auswirkungen auf die konkreten

Lebensrealitäten hat. Sich für jugendpolitische Belange einzusetzen kann also einerseits bedeuten, direkt im Quartier daran mitzuwirken, dass sich die Lebensbedingungen für junge Menschen verbessern, andererseits aber auch, sich auf überregionaler oder transnationaler Ebene für globalere Ziele zu engagieren. Jugendverbände sind Arenen des nonformalen Lernens. Sie stellen Jugendlichen Räume zur Verfügung, in denen sie ihre Freizeit verbringen und jenseits von Familie und den Bereichen des formalen Lernens der Schule/Ausbildungsstätte die Möglichkeit der individuellen Entfaltung haben. Junge Menschen machen in MJSO und anderen Jugendverbänden Selbstwirksamkeitserfahrungen, übernehmen Verantwortung, erfahren Anerkennung und setzen sich für gemeinwohlorientierte Themen und Ziele ein. Insofern kann von einer sozialisatorischen Funktion der Jugendverbände gesprochen werden. Das Engagement in Jugendverbänden dient in hohem Maße der Unterstützung bei der Bewältigung von Entwicklungsaufgaben in der Adoleszenz und zur Übernahme von (gesellschaftlicher) Verantwortung. Neben diesen jugendpädagogischen Aufgaben übernimmt Jugendverbandsarbeit auch ein jugendpolitisches Mandat, indem sich die Jugendverbände für die Interessen von Jugendlichen einsetzen und diese in die Gremien der Jugendarbeit einbringen; sei es in Form der Mitar-

beit in Jugendhilfeausschüssen, im Rahmen des Engagements in Verbänden wie den Jugendringen oder aber bei speziellen Projekten, wie z. B. dem Projekt „Runder Tisch Jugend im Dialog“ des LJR Berlin. Engagement in Jugendverbänden und damit auch in MJSO ist also genuin auch jugendpolitisch und zivilgesellschaftlich motiviert.

Indikatoren zivilgesellschaftlichen Engagements bei MJSO²

In dem Spannungsfeld von allgemeinen und spezifischen Anforderungen an Jugendverbandsarbeit sind seit gut rund 30 Jahren zahlreiche Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund entstanden.³ Neben den bundesweit aktiven Verbänden existiert insbesondere auf kommunaler Ebene eine Vielzahl an kleineren Vereinen. Für Berlin gibt die Broschüre „Jung, unabhängig, offen“ (LJR Berlin 2014) einen guten Überblick. Wenn über zivilgesellschaftliches und jugendpolitisches Potential in und von MJSO gesprochen wird, kann theoretisch auf das Konzept der „participatory parity“ zurückgegriffen werden, das von Nancy Fraser (u.a. 2001) entwickelt wurde. Ziel ist es, durch Praxen der Interkulturellen Öffnung dazu beizutragen, dass MJSO ein genuiner Bestandteil der Jugendverbandsarbeit werden und eine Teilhabegerechtigkeit dergestalt hergestellt wird, dass die Barrieren (sichtbare wie unsichtbare), die einer Teilhabe im Wege stehen, beseitigt werden. In diesem Kontext hat sich in den vergangenen Jahren viel bewegt. Zunehmend werden MJSO auf kommunaler, landes- und Bundesebene Mitglied der jeweiligen Jugendringe. So ist aktuell beispielsweise eine der stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Bundesjugendrings Mitglied eines VJM. Auch in Berlin sind drei MJSO schon Mitglied des Landesjugendrings bzw. zehn VJM über das „MJSO-Netzwerk“ mit dem LJR in Verbindung, können sich und ihre Anliegen in die Diskurse einbringen und damit ein jugendpolitisches Mandat wahrnehmen. Außerdem nehmen die Kooperationen und Tandemprojekte zwischen anerkannten Jugendverbänden und MJSO seit einiger Zeit stark zu. Ziel dieser Projekte ist es auch, durch die Zusammenarbeit den MJSO beim Aufbau von Strukturen zu helfen und gemeinsam Projekte zu entwickeln. Daher haben diese Projekte in der Regel einen doppelten Fokus: auf der einen Seite den der inhaltlichen Arbeit an den jeweiligen Projektthemen und -zielen und auf der anderen Seite den der strukturellen Stärkung der MJSO. Insbesondere an den Stellen, an denen MJSO aufgrund der Voraussetzungen keine eigenständigen Möglichkeiten hätten,

Projektfördergeldern zu akquirieren (etwa aufgrund der fehlenden Anerkennung als freier Träger gemäß § 75 KJHG), stellen solche Tandemlösungen gute Möglichkeiten der Förderung von MJSO dar. Ebenso zeigt sich in der politischen Anerkennung die steigende Bedeutung der MJSO. So wird die Relevanz der VJM in thematischen Veröffentlichungen betont und im Dialog mit den jugendpolitischen Interessenverbänden nach Lösungen für die nach wie vor unzureichenden Förderstrukturen gesucht. Auch die Tatsache, dass in das aktuelle Bundesjugendkuratorium eine Vertreterin einer MJSO berufen wurde, belegt, dass sich die Politik zunehmend der jugendpolitischen Relevanz von VJM bewusst wird.

Das zivilgesellschaftliche Engagement der MJSO entfaltet sich entsprechend in einer doppelten Perspektive: Zum einen mittels Aktivitäten der Vereine für ihre eigenen Mitglieder und durch die Jugendlichen, die ins Gemeinwesen hineinwirken. Zum anderen über die Kooperationen mit anderen Jugendverbänden und die Teilhabe an den Strukturen der Jugendarbeit. Ein wichtiges Ergebnis der steigenden Inklusion der MJSO in die Strukturen ist, dass es ihnen darüber gelingt, öffentlich sichtbar zu werden, sich Gehör zu verschaffen und zu positionieren. MJSO sind demzufolge in der überwiegenden Zahl nicht rein selbstreferentiell, sondern stets darauf fokussiert, über gemeinsame Aktionen und Positionierungen jugendpolitische Akzente zu setzen und die Anliegen der Jugendlichen – mit und ohne Migrationsgeschichten – zu vertreten.

Barrieren, Rassismus und gläserne Decken

Allerdings ist der Weg zu „participatory parity“ nach wie vor steinig und vor verschiedene Herausforderungen gestellt. Wenn gleich etwa durch die zunehmenden Projektförderungen die Professionalisierung der VJM und damit auch die zivilgesellschaftliche Relevanz vorangetrieben werden, besteht doch die Gefahr, dass die erzielten Erfolge nach Auslaufen der Projekte wieder verloren gehen. Die Sicherung der Nachhaltigkeit ist ein grundlegendes Dilemma jeder Projektförderung, stellt die MJSO aber vor besondere Probleme, da in der Regel dort kaum Strukturen vorhanden sind, die nach dem Auslaufen eines Projekts die Arbeit auffangen könnten. Außerdem geraten VJM teilweise in die Situation, dass die Anforderungen an die Verbände exponentiell steigen, ohne dass sie diese komplett bedienen könnten. Auch mit einer Projektstelle können nicht alle Gremien und Tagungen besucht werden, alle Anfragen bedient und auf alle Kooperationswünsche eingegangen werden.

Barrieren:		
Rahmenbedingungen:	Strukturen der VJM/MJSO:	Personal:
Zeit/Raum	Verankerung in den Strukturen der Jugendarbeit	Fluktuation
Finanzielle Ausstattung	Strukturen der VJM/MJSO	Grad der Professionalisierung
Erfahrungen der Diskriminierung und des Rassismus		

Bei den Rahmenbedingungen ist es neben anderem die Frage nach den zeitlichen Ressourcen, die für die Entfaltung zivilgesellschaftlichen Engagements eine Hürde darstellt. Die regulären Terminierungen von Gremiensitzungen oder Arbeitskontakten stellen die ehrenamtlich Aktiven vor hohe Herausforderungen, da sie in der Regel in Schule, Studium oder Arbeit eingebunden sind und ihr Engagement primär am Abend und am Wochenende ausüben. Bei der größten Zahl der VJM ist die finanzielle Ausstattung nach wie vor prekär. Finanzielle Mittel, insbesondere um hauptamtliche Stellen zu schaffen, sind selten und wenn, dann meist nur über befristete Projekte vorhanden. Auch hinsichtlich der Räumlichkeiten, die MJSO nutzen können, zeigt sich Entwicklungspotential: Wenn die VJM überhaupt eigene Räume zur Verfügung haben, sind diese nicht immer jugendgerecht und mit ausreichend Material ausgestattet. Weiterhin ist die Erreichbarkeit der Räumlichkeiten insbesondere für Jugendliche ein zentrales Kriterium der niedrighschwelliger Nutzbarkeit. Räume sollten sich möglichst im Sozialraum der Nutzer_innen befinden und fußläufig oder mit dem ÖPNV zu erreichen sein. In Bezug auf die strukturellen Barrieren sind es vor allem die Aspekte der nach wie vor nicht ausreichenden Verankerung der MJSO in den Jugendverbandsstrukturen und die noch auf rein ehrenamtlichem Engagement basierenden Strukturen der MJSO. Auch wenn es mittlerweile viele gelingende Beispiele der Interaktion und Teilhabe der VJM an den Arenen der Jugendverbandsarbeit gibt, existieren auch Fälle von Gremien, in denen harte Auseinandersetzungen um die Aufnahme von MJSO stattfinden und diese an unsichtbare Decken der Vorbehalte und Skepsis stoßen. Bei den VJM sind es darüber hinaus auch Hürden, die mit der fehlenden Anerkennung als freie Träger der Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG zusammenhängen, die zivilgesellschaftliches und jugendpolitisches Engagement erschweren können. So

dürfen beispielsweise meist keine Anträge auf Förderung gestellt werden, wenn die formale Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe fehlt. Auch die Durchführung von eigenen Juleica-Schulungen ist in diesen Fällen kaum möglich.

Auf der Ebene der Personalpolitik sind es primär die beiden Aspekte der Fluktuation und des teilweise stark variierenden Grads der Professionalisierung bei unterschiedlichen MJSO, die zu einer Hürde der zivilgesellschaftlichen und jugendpolitischen Teilhabe werden. In gewissem Maß ist die Fluktuation bei Jugendverbänden aufgrund der Altersstruktur und gleichzeitig der vorwiegend ehrenamtlichen Tätigkeiten inhärent und Charakteristikum aller dergestalt strukturierten Vereine. In Kombination mit den strukturellen Barrieren jedoch ergeben sich für MJSO besondere Schwierigkeiten, da die Wissensverluste, die mit personellen Wechslen einhergehen, nur schwer kompensiert werden können. Es muss entsprechend nach Wegen gesucht werden, die es ermöglichen, das personelle Know How, das sich VJM aufbauen, nachhaltig sicherzustellen und nicht Gefahr zu laufen, dass hochqualifizierte Funktionsträger_innen (etwa zugunsten einer langfristig bezahlten Tätigkeit) den Verein verlassen und dieser damit auf das akkumulierte Wissen verzichten muss. Die Notwendigkeit, nachhaltige Strukturen zu entwickeln und personelle Kontinuitäten zu schaffen, ist eine der wesentlichen Herausforderungen, die jedoch nicht mit temporär angelegter Projektförderung, sondern nur mit Förderung der Infrastruktur gewährleistet werden.

Darüber hinaus gilt es auch die strukturellen und personellen Exklusionserfahrungen, die für die Mitglieder der MJSO relevant sind und die Auswirkungen auf zivilgesellschaftliches und jugendpolitisches Engagement haben, zu berücksichtigen. Zwar sind MJSO weit mehr als Vereine, in denen die Migrationsgeschichten der Mitglieder eine Rolle spielen. Dennoch ist für den

überwiegenden Teil der Mitglieder die Erfahrung von Diskriminierung und Rassismus konstitutiv. In ihrem Alltag machen sie immer wieder die Erfahrung ausgegrenzt oder mit alltäglichem und strukturellem Rassismus konfrontiert zu werden. Exklusion ist damit implizit-bitterer Wegbegleiter. Diese Erfahrungen spielen auch in den MJSO eine Rolle (Jagusch 2011). Wichtig ist in diesem Kontext jedoch, dass VJM und deren Mitglieder sich nicht als ohnmächtige Opfer, sondern als handelnde Akteure erfahren, so dass die MJSO insofern Räume des Empowerments zur Verfügung stellen, die es den Jugendlichen erlauben, Selbstbewusstsein wieder zu erlangen.

Allianzen unter den Bedingungen von Diversität schmieden

Resümierend lassen sich folgende Anregungen zur weiteren Förderung des zivilgesellschaftlichen und jugendpolitischen Potentials der MJSO formulieren:

Grundsätzlich sollten die vielfältigen zivilgesellschaftlichen und jugendpolitischen Aktivitäten, die MJSO seit geraumer Zeit für junge Menschen anbieten, stärker anerkannt und wertgeschätzt werden. Auch wenn VJM in vielen Bereichen mittlerweile Zugang zu den Arenen der Jugendarbeit erhalten, gelingt es dennoch nach wie vor nicht ausreichend, die Potentiale und Ressourcen der MJSO für die Jugendverbandsarbeit zu würdigen. Gleichzeitig ist es für Politik und Verwaltung notwendig, weiter an Ansätzen zu arbeiten, die eine (Struktur)Förderung von MJSO ermöglichen und diesen zu nachhaltiger – und nicht nur projektgebundener – Professionalisierung helfen. In diesem Kontext sollten Weiterbildungs- und Coachingmaßnahmen ausgebaut und intensiviert werden. Zur weiteren Aktivierung zivilgesellschaftlichen Potentials sind sicherlich auch die vorhandenen Tandemprojekte ein gutes Mittel, um den VJM Zugang zu den Arenen der Jugendarbeit zu verschaffen. Tandems sollten jedoch nur eine Übergangslösung darstellen, da sie nichts an dem grundlegenden Problem der fehlenden rechtlichen Anerkennung ändern. Die Anforderungen an die MJSO sind hoch und steigen mit der zunehmenden

Professionalisierung. Nicht vergessen werden darf dabei jedoch, dass VJM primär eines sind: Vereine von und für Jugendliche mit Migrationsgeschichten. Deshalb ist es wichtig, dass den MJSO auch zugestanden wird, Experimentierfeld für Jugendarbeit sein zu dürfen.

Aus den geschilderten Rahmenbedingungen der Jugendverbandsarbeit ergibt sich, dass diese sich unmittelbar an den Interessen der jungen Menschen orientieren muss, um nicht Angebote zu konzipieren, an denen niemand teilnimmt. Ein Aspekt, der hier insbesondere im Bereich der (vermeintlich) interkulturellen Arbeit von Relevanz ist, ist die Gefahr, durch eine einseitige Betonung von migrations- und integrationsspezifischen Aspekten die tatsächlichen Lebensrealitäten der Jugendlichen nicht adäquat zu berücksichtigen, denn Jugendliche – mit und ohne – Migrationsgeschichten definieren sich nicht nur über die Migrationserfahrungen und -geschichten, sondern über eine Vielzahl an identitätsrelevanten Faktoren. Deshalb besteht die Notwendigkeit, diversitätsbewusste Jugendarbeit zu implementieren. Dazu gehört auch, dass Praxen der Diskriminierung und des Rassismus als solche erkannt, benannt, skandalisiert und bekämpft werden und dass anerkannte Träger und Jugendverbände in einen selbstreflexiven Dialog über eigene Vorbehalte und Barrieren eintreten und sich offen mit dem Spannungsfeld von Offen- und Geschlossenheit der Strukturen und Praxen der Jugendarbeit auseinandersetzen. MJSO wiederum sollten skeptisch hinsichtlich verkürzter Repräsentationspolitiken sein und sich nicht als vermeintliche Stimme der Jugendlichen mit Migrationsgeschichten instrumentalisieren lassen. Zu vielfältig und heterogen ist doch das Spektrum der Geschichten, Positionierungen und Realitäten. Stattdessen gilt es, jugendpolitische Allianzen zu schließen, die alle in der Jugendarbeit Aktiven einbeziehen und gleichzeitig in den VJM Räume des Empowerments zu fördern. Diese Allianzen, wie sie aktuell auch im MJSO-Netzwerk des LJR Berlin entwickelt werden, können ein wichtiger Ort für jugendpolitisches Engagement sein und den Anliegen und Positionierungen von jungen Menschen in Deutschland einen Rahmen geben.

¹ Der folgende Beitrag verwendet die Abkürzungen MJSO und VJM (Verein/Verband von Jugendlichen mit Migrationsgeschichten) alternierend. Zu den unterschiedlichen Begriffsverständnissen siehe u. a. Jagusch 2015.

² Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die VJM, die den Kontakt zu den Arenen der Jugendarbeit, den Strukturen und Gremien suchen und die den Kriterien eines Jugendverbands genügen (vgl. z. B. Jagusch 2011).

³ Für eine ausführliche Darstellung der Entwicklung siehe Jagusch 2011 und Drücker 2013.

Literatur:

Drücker, Ansgar (Hg.) (2013). Die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit. Bestandsaufnahme und Erfahrungen aus Projekten. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V.

Fraser, Nancy (2001). Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt/M.

Jagusch, Birgit (2015). „Wir [haben] es geschafft, [dass man ...] an uns nicht mehr vorbeikommt! – VJM auf dem Weg zu anerkannten Jugendvereinen, in: Bayerischer Jugendring/Bayerisches Jugendrotkreuz/Alevitische Jugend Bayern (Hg.): Abschlussbericht Perspektive Wissenschaft-Begleitforschung zum Projekt „Go together“ (Arbeitstitel). München

Jagusch, Birgit (2011). Praxen der Anerkennung. „Das ist unser Geschenk an die Gesellschaft“. Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Schwalbach/Ts.

Landesjugendring Berlin (Hg.) (2014). Jung, unabhängig, offen. Migrant_innenjugendselbstorganisationen in Berlin. Berlin



Workshops



Workshop: Kooperationen zwischen MSJO und Nicht-MJSO

BASTIAN RAST UND EMEL KELAHEMETOĞLU, YOUNG VOICE TGD E. V.

SEYRAN BOSTANCI, UNIVERSITÄT HILDESHEIM

MODERATION: ANDREA NIEMANN, LANDESJUGENDWERK DER AWO

SEYRAN BOSTANCI

Präsentation der Studie „Kooperation mit Migrantorganisationen“

Seyran Bostanci, Universität Hildesheim

Mitarbeit an der Studie „Kooperationen mit Migrantorganisationen“ von Dr. Uwe Hunger und Stefan Metzger im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Seyran Bostanci promoviert derzeit an der Universität Hildesheim.

In der Studie „Kooperation mit Migrantorganisationen“ (Hunger/Metzger, unter Mitarbeit von Seyran Bostanci 2011) wurden Mechanismen und Bedingungsfaktoren für den Erfolg oder Misserfolg von Kooperationen zwischen Migrant_innenselbstorganisationen (MSO) und etablierten Trägern am Beispiel Berlin untersucht. Das Ziel der Studie war es, zunächst die besagten Faktoren bei der Zusammenarbeit herauszuarbeiten und auf Basis dieser Ergebnisse Handlungsempfehlungen für die zukünftige Förderung solcher Kooperationen bzw. den Umgang mit ihnen zu geben. Hintergrund der Studie war ein Paradigmenwechsel in der Beurteilung der Rolle der MSO im Integrationsprozess. Zuvor konzentrierte sich die wissenschaftliche Debatte seit den 80er Jahren auf die Frage, ob und inwiefern MSO des- oder integrativ wirken. Zunehmend werden sie als zivilgesellschaftliche Partner_innen angesehen, deren Potential verstärkt genutzt und gefördert werden soll. Diese veränderte Betrachtungsweise nahm auch ihren Niederschlag in der veränderten Förder- bzw. Finanzierungspraxis. Daher sind auch Kooperationen von MSO mit etablierten Trägern ein recht neues Phänomen. Ein Hauptbeweggrund solcher Kooperationen ist, dass etablierte Träger



Zugang zu Zielgruppen und die MSO wiederum Zugang zu Ressourcen erhalten.

In der Studie wurde zwischen MSO und Nicht-MSO bzw. etablierten Trägern unterschieden. Als MSO sind Vereine zu zählen, die in überwiegendem Maße von Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte gegründet wurden. So gibt

es neben Kulturvereinen, Kirchen und Moscheevereinen auch politische Lobby-Organisationen, Unternehmen und Verbände, Student_innenvereinigungen, Fußball- und andere Sportvereine, Kindertagesstätten, Jugendklubs, Bildungsträger und viele mehr. Ähnlich vielfältig sind auch die Mitglieder von MSO. Sie reichen von Frauen, Männern, Eltern über Senior_innen bis hin zu Kindern oder Jugendlichen, wobei sie sich oftmals an eine spezifische Migrant_innengruppe richten, teilweise auch an herkunftsübergreifende Zielgruppen.

Als etablierte Einrichtungen gelten Wohlfahrtsverbände, Freiwilligenagenturen, Jugendeinrichtungen. Allerdings ist zu betonen, dass in der Praxis keine klare Trennlinie zwischen etablierten Verbänden und MSO festzustellen ist. Manche MSO können vor dem Hintergrund ihrer jahrelangen Erfahrungen und Vernetzung als Berliner Einrichtungen gezählt werden.

Bei der Studie wurde explorativ vorgegangen. Es wurden zwölf verschiedene Kooperationen untersucht.

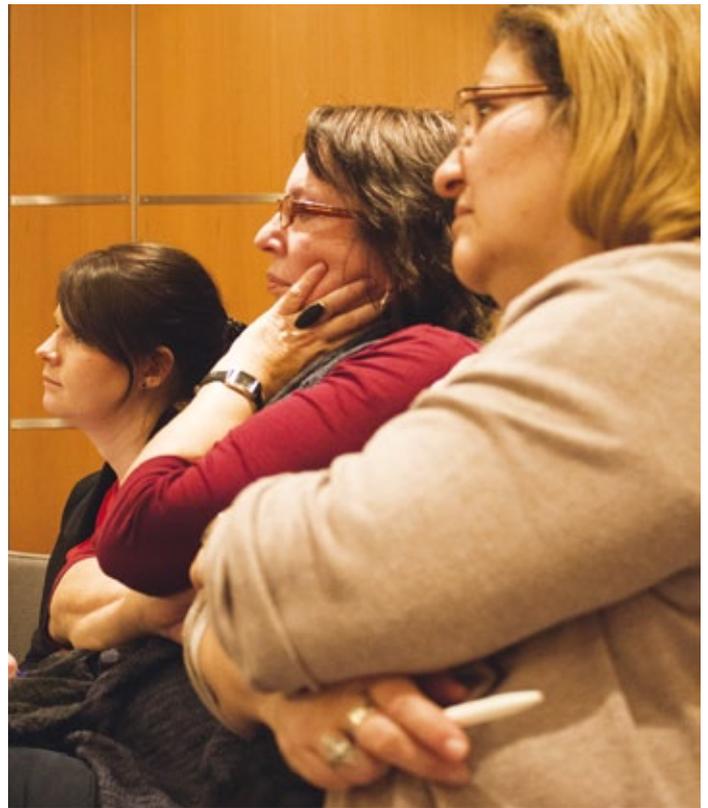
- Typ 1: Kooperation in einem Dachverband
- Typ 2: Coaching/Mentoring
- Typ 3: Tandem
- Typ 4: Projektkonzeption
- Typ 5: Öffentlichkeitsarbeit
- Typ 6: Zugang zur Zielgruppe

Dabei wurden verschiedene Untersuchungsmethoden kombiniert (Leitfadeninterviews, teilnehmende Beobachtung, Zielgruppenbefragung sowie Expert_inneninterviews).

Die Untersuchung hat ergeben, dass drei Untersuchungsebenen Einfluss auf Miss- bzw. Erfolg einer Kooperation haben können:

1. Faktoren, die die organisationale Voraussetzung innerhalb der Organisation der Kooperation betreffen (interne Faktoren)
2. Faktoren, die die Beziehung zwischen den Kooperationen betreffen (relationale Faktoren)
3. Faktoren, die das Umfeld der Kooperationen betreffen (externe Faktoren)

Neben einer Vielzahl an gelingenden Kooperationen zeigt die



Praxis, dass Kooperationen aufgrund asymmetrischer Machtbeziehungen nicht immer unproblematisch verlaufen. Im Gegensatz zu etablierten Trägern arbeiten MSO oftmals ehrenamtlich. Auch der Zugang zu Fördermitteln sowie die Ausstattung mit Ressourcen sind noch weitaus geringer ausgebaut. Dies erschwert eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“ und birgt die Gefahr der Instrumentalisierung der MSO, weil sie sich etwa als „Zielgruppenbeschaffer“ ausgenutzt fühlten. Die Ergebnisse unserer Untersuchung haben gezeigt, dass insbesondere bei gleichberechtigter Partnerschaft Kooperationen positiv wirken, weil sonst die dysfunktionale Hilfe das Ziel einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ unterläuft.

Als Handlungsempfehlungen können festgehalten werden, dass im öffentlichen Diskurs das bürgerschaftliche Engagement stärker anerkannt werden sollte. Die Förderung von Kooperationen sollte weiterhin ausgebaut werden. Die Grundidee, dass unterschiedliche Organisationen mit unterschiedlichen Kompetenzen und Ressourcen sich gegenseitig befruchten können, sollte weiter verfolgt werden. Erfolgreiche Kooperationen sind allerdings keine Selbstläufer. Wichtig sind auch die passenden Rahmenbedingungen. Daher wäre es vonnöten, die Förderpraxis zu überdenken.

Insbesondere Finanzierungsformen die eine Vorleistung verlangen, sind für Organisationen, die noch keine etablierten Strukturen aufweisen, unnötige finanzielle bürokratische Hürden. Abschließend ist anzuregen, ob die Dichotomie MSO und etablierte Organisationen eine sinnvolle Unterscheidung ist. Während der Studie wurde der Vorbehalt formuliert, dass auch durch die Studie diese Differenzierung (re-)produziert werden würde, obwohl es in der Praxis vielmehr Gemeinsamkeiten gebe. Zu überdenken wäre also, ob bspw. Förderrichtlinien stärker entlang von anderen Organisationsmerkmalen, wie zum Beispiel dem Aspekt „Professionalisierungsgrad“ zu formulieren wären.



Literatur:

Hunger, Uwe / Metzger, Stefan, unter Mitarbeit von Seyran Bostancı (2011). Kooperation mit Migrantenorganisationen. Studie im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Online unter: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/2011-kooperationmigrantenorganisationen.html>, 02.12.2014.

Ein Blick aus der Praxis von Young Voice TGD e.V.



Young Voice TGD e. V. ist ein interkultureller, demokratischer und pluralistischer Jugendverband, der 2010 gegründet wurde. Young Voice TGD setzt sich für gleichberechtigte und barrierefreie Teilhabechancen ein. Folgende Aspekte finden hierbei besondere Beachtung:

- Gleichberechtigung von allen freiheitlich demokratisch orientierten Menschen und Lebensweisen
- Verhinderung und Entgegenreten jeglicher Art von Diskriminierung
- Ausleben kultureller Vielfalt und Identitäten.

Mit ihrer Jugendverbandsarbeit möchten Young Voice TGD die Sensibilisierung und Awareness-Bildung aller in Deutschland lebenden Menschen bezüglich vielfältiger Lebensweisen, kulturellen und religiösen Einstellungen, sexueller Orientierung und Identität/en sowie das ökologische Bewusstsein fördern.

Zur Erreichung dieser Zielsetzungen stellen sie jungen Menschen Angebote zur Förderung ihrer Entwicklung zur Verfügung: Es gilt, an die Interessen junger Menschen anzuknüpfen und sie zur Verwirklichung ihrer Ziele zu befähigen. Jugendliche mit eigener oder familiärer Migrationserfahrung sollen zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement angeregt werden. Umsetzung findet dieses Bestreben durch außerschulische Angebote der politischen, sozialen und kulturellen Jugendbildung.

Im Rahmen des Workshops „Kooperationen zwischen MJSO und Nicht-MJSO“ erläuterten Bastian Rast und Emel Kelahmetoğlu mit Hilfe von drei Beispielen bisheriger und laufender Kooperationen von Young Voice TGD mit anderen Verbänden Herausforderungen und grundlegende Fragestellungen, die bereits bei der Planung einer Kooperation zu beachten sind:

- Worin ist die Motivation zu einer Kooperation begründet? Ist es allein der inhaltliche Wunsch nach einer Zusammenarbeit – oder sind Kriterien in Förderprogrammen ausschlaggebender Aspekt?
- Wie verläuft die Kommunikation zwischen den Projektpartner_innen? Stehen sich die Partner_innen gleichwertig gegenüber?
- Wie sind die (finanziellen/materiellen) Ressourcen verteilt – und wie ist mit einer ungleichen Verteilung umzugehen?
- Sind die Organisationsstrukturen (Professionalisierungsgrad, Hauptamt vs. Ehrenamt) der Projektpartner_innen vergleichbar? Wie sollte eine Aufgabenverteilung bei ungleichen Voraussetzungen gestaltet sein?
- Welche Vorurteile / Stereotype stehen womöglich zwischen den Kooperationspartner_innen? Besteht die Bereitschaft, diese Bilder zu reflektieren und aufzulösen?
- Ist genügend Wissen voneinander vorhanden? Von der anderen Organisation, von der potentiellen Zielgruppe, der Kultur, der Religion, etc. ?
- Welche Rolle spielen die Altersdifferenzen zwischen den beteiligten Partner_innen? Wieviel Offenheit besteht für eine „tatsächliche“ Jugendorganisation?

Im Anschluss wurden Lösungsansätze diskutiert, wie diesen Herausforderungen zu begegnen sei. Neben der Notwendigkeit, sowohl der Kommunikation zwischen den Kooperationspartner_innen den nötigen Raum zu geben als auch klare und feste Vereinbarungen bezüglich der Gestaltung der Zusammenarbeit zu treffen, richtete sich ein Lösungsvorschlag auch an das Förderwesen, deren Richtlinien an die Realität angepasst werden und auch Verbände mit weniger Ressourcen berücksichtigen müssen.

Workshop: Besondere Herausforderungen für Muslimische Verbände in Deutschland und der Umgang mit Vorurteilen

BILLAL KIANI UND ASSIA EL-MAHMOUD, MUSLIMISCHE JUGEND IN DEUTSCHLAND

KOFI OHENE-DOKYI, RAA BERLIN

MODERATION: SABRINA AMALOU, THW JUGEND

KOFI OHENE-DOKYI

Vor welchen Herausforderungen steht die muslimische Jugendarbeit?

Kofi Ohene-Dokyi, RAA Berlin

Sozialarbeiter / Sozialpädagoge. Langjähriger Mitarbeiter in der RAA Berlin zu den Themen Interkulturelle Bildung und Antidiskriminierung. Kofi Ohene-Dokyi ist pädagogischer Leiter des Projekts „JUMA – jung, muslimisch, aktiv“ in Berlin.

Die Perspektive, aus der ich mich der Thematik dieses Beitrags annähern werde, ist die Perspektive eines Trägers, der im Rahmen des Projekts „JUMA – jung, muslimisch, aktiv“ seit nunmehr vier Jahren in Berlin und seit 2014 in Baden-Württemberg vielfältige Erfahrungen in der Kooperation mit jungen Menschen aus muslimischen Gemeinden und islamischen Vereinigungen sammeln konnte.

Auf diese Erfahrungen werde ich dann am Ende zurückkommen, vor allem wenn es darum geht, dem Problemaufriss Perspektiven und Anregungen folgen zu lassen, die uns dann als Einstieg in den weiteren Erfahrungs- und Ideenaustausch dienen sollen.

Das JUMA- Projekt

Das Projekt JUMA wurde ins Leben gerufen, um jungen Muslim_innen in dem häufig problemzentrierten Diskurs, der über den Islam und Muslim_innen geführt wird, eine Stimme zu geben.

Ein Diskurs, in dem eher über sie, aber viel zu selten mit ihnen selbst geredet wird.

Seit 2010 wurden dazu im Projekt mehr als 80 Politiker_innengespräche, Kampagnen, Teilprojekte und Fortbildungen mit jungen Menschen aus rund 25 verschiedenen Gemeinden und islamischen Vereinigungen umgesetzt.

In den zahlreichen Projektaktivitäten, die sich vor allem an den thematischen Wünschen der Teilnehmer_innen orientieren, hat sich die Förderung von muslimischer Jugendarbeit als ein Schwerpunkt herauskristallisiert. So wurde von den Teilnehmer_innen ein Berliner Atlas muslimischer Jugendarbeit erstellt, der einen Einblick in die aktuelle Vielgestaltigkeit muslimischer Jugendangebote gibt. Dieser Atlas ist in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten Dr. Monika Lücke in einer erweiterten Fassung im Dezember 2014 als Online-Atlas erschienen.

In der projektinternen Fortbildung „Türöffner“ erwerben junge für die Jugendarbeit Verantwortliche zusätzliche Kompetenzen und Impulse für die Ausgestaltung und Vernetzung ihrer Arbeit.

1. Ausgangsthesen

Muslimische Jugendarbeit gewinnt zunehmend an Bedeutung, ist aber noch unzureichend in die Strukturen eingebunden.

Für Träger muslimischer Jugendarbeit sind subsidiäre Gestaltungsprozesse aus inhaltlichen und strukturellen Gründen übermäßig erschwert.

Die Gestaltung einer vielfältigen bedürfnis- und bedarfsgerechten Angebotslandschaft bietet Chancen – benötigt aber besondere Anstrengungen öffentlicher und auch freier Institutionen der organisierten Jugendhilfe / Jugendarbeit.

2. Ausgangslage

Rund 40 % der in Deutschland lebenden Muslim_innen sind unter 25 Jahre alt, also ca. 1,6 bis 1,8 Millionen Menschen (Hamdan / Schmid 2014, S. 10). Diese demographische Entwicklung verdeutlicht, dass junge Menschen mit muslimisch-geprägtem Sozialisationshintergrund in der Jugendarbeit eine zunehmend wichtigere Rolle spielen werden.

Laut der Studie „Islamisches Gemeindeleben“ gibt es rund 2.350 islamische und alevitische Gemeinden in Deutschland. Rund 84% der untersuchten Gemeinden gaben an, eigene Jugendarbeitsabteilungen zu unterhalten, durch die bundesweit grob geschätzt rund 200.000 bis 300.000 junge Menschen erreicht werden (Halm et al. 2012, S. 72).

Trotz geringer Ausstattung viel erreicht – aber es geht noch mehr...

Viele Moscheegemeinden sind gut mit öffentlichen und auch nicht-staatlichen Institutionen vernetzt. Junge Muslim_innen sind Mitgestaltende und Partner_innen – ob in organisierter Jugendarbeit oder Projekten und Initiativen. Auf kommunaler Ebene existieren bereits erste Mitgliedschaften von muslimischen Vereinen in Stadt- und Kreisjugendringen, z. B. in Darmstadt, Frankfurt/M., Nürnberg, Wuppertal und Ravensburg. Die Islamische Jugend in Bayern e. V. und die Kölner Gemeinde ZEBIT e. V., Mitglied des Verbandes der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), sind als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Mit der Etablierung des Bundesverbandes der Muslimischen Jugend und der DITIB-Landesverbände und dem Bundesverband sind weitere wegweisende Schritte in der Professionalisierung und Eigenständigkeit der Jugendarbeit gegangen worden.

In der organisierten Jugendarbeitslandschaft sind muslimische Vereinigungen noch immer stark unterrepräsentiert. Islamische „Jugendarbeit“ existiert Großteils noch unter dem Dach von Erwachsenenverbänden und ist bisher nur in Einzelfällen in allgemeinen Strukturen der Jugendhilfe eingebunden. Zahlreiche muslimische Vereinigungen sind darum bemüht – die Mehrheit dieser Vereinigungen befindet sich jedoch noch am Anfang auf dem Weg ihrer Professionalisierung.

3. Herausforderungen – strukturelle und inhaltliche Hürden

Entwicklungsdilemma behindert die Weiterentwicklung und Einbindung in die organisierten Strukturen der Jugendhilfe

Die Situation, in der sich viele muslimische Gemeinden in ihren Bemühungen um die Etablierung ihrer Jugendarbeit befinden, kann als ein Entwicklungsdilemma beschrieben werden: Muslimische Jugendarbeit wird überwiegend auf ehrenamtlicher Basis umgesetzt. Hauptamtliche Kräfte, die einen Aufbau und eine Weiterentwicklung einer eigenständigen Jugendarbeit voranbringen können, sind die Ausnahme. Weil kaum Jugendarbeitende mit pädagogischer Ausbildung in den Gemeinden und Vereinigungen tätig sind, fehlt das Wissen über Rahmenbedingungen, innerhalb derer Jugendarbeit organisiert und gefördert wird. Der Bedarf nach Fortbildungen im Bereich der Jugendarbeit ist groß. Die Studie „Islamisches Gemeindeleben in Deutschland“ hat ermittelt, dass rund 86% der Verantwortlichen in muslimischen Vereinigungen in diesem Bereich Fortbildungsbedarf angeben (Halm et al. 2012). Dem stehen nur wenige Qualifizierungsangebote gegenüber, wie etwa Teamer_innen-Schulungen für die JuLeiCa-Ausbildung, die auf die spezifischen Bedürfnisse der Zielgruppe abgestimmt sind.

Mit Blick auf die für eine Professionalisierung wichtige Landes- und Bundesförderung befinden sich kleine Verbände in der Situation, dass sie die formalen Kriterien der Fördermittelgeber_innen auf Landes- oder Bundesebene nicht erfüllen.

Inhaltliche Hürden – ein anderes Verständnis von Jugendarbeit?

Neben fehlenden strukturellen Voraussetzungen sind es auch inhaltliche Kriterien, die einer Einbindung und Weiterentwicklung

muslimischer Jugendarbeit entgegenstehen.

Junge Menschen mit muslimisch-geprägtem Hintergrund messen ihrer Religion eine vergleichsweise hohe Bedeutung bei (s. Religionsmonitor der Bertelsmannstiftung). Für viele dieser Jugendlichen stellt ihre religiöse Orientierung eine Ressource zur Lebensbewältigung dar, indem sie ihnen eine wichtige Grundlage der Identitätsbildung und Selbstfindung bietet (Bundschuh et al. 2009). Ähnlich wie bei anderen Trägern konfessionell-geprägter Jugendarbeit geht das Spektrum muslimischer Jugendarbeit weit über religiöse Angebote hinaus. Neben Sportangeboten nehmen Veranstaltungen zum interreligiösen Dialog, Bildungs- und Berufsorientierungsangebote und die Behandlung gesellschaftspolitischer Themen wie etwa Umweltschutz eine wichtige Rolle ein (Hamdan / Schmid 2014).

Im Kinder- und Jugendhilfegesetz ist durch den § 3 SGB VIII (1) bestimmt, dass die Jugendhilfe durch eine Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Werteorientierungen und die Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen gestaltet wird. Damit sind

zwei wesentliche Strukturmerkmale der Jugendhilfe benannt, die in Kombination mit den Bestimmungen der § 4 und § 74 SGB VIII dafür sorgen sollen, dass Jugendangebote den spezifischen Bedürfnissen und Bedarfslagen gerecht werden. Dabei sollen, gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, vor allem die Entwicklung selbstorganisierter Jugendangebote angeregt und gefördert werden. Muslimische Organisationen sind in der Umsetzung dieses grundlegenden Strukturprinzips jedoch häufig benachteiligt. Obwohl sich muslimische Jugendliche in ihren vielfältigen Einstellungen zu Religion und zur Demokratie kaum von denen christlicher oder konfessionsloser Jugendlicher unterscheiden (Brettfeld / Wetzels 2007), herrscht häufig die Auffassung, dass „die religiösen Überzeugungen und Werte muslimischer Träger in Kollision mit staatlichen Normen treten können“. Konkretisiert wurden diese Bedenken beispielsweise in den „Grundprinzipien zur Anerkennung muslimischer Träger“, die vom Jugendamt Rheinland in 2009 im Verfahren in Bezug auf die Arbeit mit Jugendlichen des VIKZ bzw. der Islamischen Gemeinschaft Millî



Görüş (IGMG) formuliert wurden. Dort heißt es, dass durch die Priorität, die islamischen Werten und Normen eingeräumt werde, die Entwicklung der Jugendlichen zu Eigenverantwortlichkeit und ihre Gemeinschaftsfähigkeit im Sinne des § 1 I SGB VIII eingeschränkt oder sogar gefährdet werde.

Als problematisch wurde zudem beschrieben, dass nicht streng genug zwischen religiösen und allgemeinen nicht-religiösen Angeboten differenziert werde, und dass Organisations- und Leitungsstrukturen unklar sind (Landesjugendamt Rheinland 2009, S. S.2).

Erwähnenswert ist, dass dieses Verfahren inzwischen mit der Gründung des Zebit e. V. und der Anerkennung dieses Vereins als Träger der freien Jugendhilfe endete.

Extremismusbvorbehalt

Nicht erst, aber insbesondere seit den terroristischen Anschlägen am 11. September 2001, stehen Aktivitäten muslimischer Organisationen unter besonderer Beobachtung. Hinsichtlich der Weiterentwicklung und Einbindung ihrer Jugendarbeit in bestehende Strukturen stellt die Beobachtung durch den Verfassungsschutz und ein häufig undifferenziertes Rezipieren in der Gesellschaft noch immer für einige Organisationen ein großes Hindernis dar. Die Argumentationen, mit denen Vorbehalte gegenüber muslimischen Organisationen geäußert werden, sind für die Betroffenen in ihrer Konsequenz nicht immer nachvollziehbar und nur schwierig zu widerlegen. Problematische Einschätzungen einzelner Vereinsmitglieder oder Bereiche haben Auswirkungen auf die gesamte Organisation und damit auch auf die Jugendarbeit.

Eine fachliche Beurteilung, die Abwägung des Für und Wider und letztlich die Entscheidung über eine Förderung findet dann nicht mehr statt. Problematisch ist vor allem, dass mit einer Einschätzung durch den Verfassungsschutz für die betroffenen Organisationen noch keine klaren Wege formuliert sind, welche inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen notwendig sind, um sich vom Verdacht zu befreien, extremistische und staatsgefährdende Ziele zu verfolgen. Dass es dennoch nicht unmöglich ist, zeigt das Beispiel der Hamburger IGMG, deren Beobachtung durch den Verfassungsschutz beendet wurde. Die fachliche Qualifizierung muslimischer Jugendarbeit benötigt die Unterstützung durch hauptamtlich ausgestattete Verbände, die gewöhnlich nicht muslimisch sind. Da diese in der Regel öffentlich gefördert werden, ziehen sie sich aus der Qualifizie-

rungsarbeit zurück, wenn sie Sanktionen der öffentlichen Hand befürchten müssen (Miksch / Bilgin 2011).

4. Perspektiven

Muslimische Gemeinden sollten ...

Muslimische Verbände sollten dafür gewonnen werden, den Aufbau einer eigenständigen muslimischen Jugendarbeit unter Einbeziehung jugendpädagogischer und zivilgesellschaftlicher Bildungsaufgaben in den Gemeinden noch stärker zu fördern. Der innerislamische Austausch bzw. der Zusammenschluss mit bereits etablierten muslimischen Trägern (z.B. in Form einer Dachorganisation Jugendarbeit) kann dafür wichtige Impulse bzw. die strukturelle Einbindung befördern (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010, S. 140f.).

Die Förderlandschaft ist vielfältig. Die Förderung der Jugendarbeit durch die öffentliche Hand ist zwar eine zentrale, aber angesichts der knappen Kassen nicht die einzige Option, um die eigene Arbeit zu professionalisieren.

Muslimische Jugendarbeit als Partner

Für den Abbau sozialer Barrieren und struktureller Diskriminierung bedarf es sowohl öffentlicher als auch zivilgesellschaftlicher Anstrengungen, um die (Selbst-)Organisationen, ihre Professionalisierung und die Einbindung muslimischer Jugendarbeit in die bestehenden Strukturen zu unterstützen.

Qualifizierung und aktive Strukturentwicklung

Samy Charchira, Sachverständiger bei der Deutschen Islamkonferenz und Mitglied des Landesvorstandes des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW, fordert eine breit angelegte und tiefgreifende Qualifizierungsoffensive, durch die Verantwortliche für die muslimische Jugendarbeit unterstützt werden, die geforderten Qualitätsstandards einer professionellen sozialen Arbeit einzuhalten, und die dabei die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden berücksichtigt (Charchira 2013). An dieser Qualifizierungsoffensive müssen sich sowohl öffentliche als auch nicht-staatliche Organisationen beteiligen.

Zudem bedarf es besonderer Anstrengungen, die gleichermaßen auf eine nachhaltige Entwicklung von Strukturen innerhalb der muslimischen Gemeinden und auf die interkulturelle Öffnung der etablierten Träger der Jugendarbeit setzen¹.

Mittelgeber sind gefordert, auf Organisationen zuzugehen, die in der Förderlandschaft immer noch unterrepräsentiert sind. Projektförderungen sollten modifiziert werden, da diese für kleine, ehrenamtlich arbeitende Organisationen Ausschlusskriterien sind. Nur so wird letztlich Subsidiarität möglich (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010).

Kooperationen mit muslimischer Jugendarbeit als Chance

Nicht-muslimische Träger der Jugendarbeit sollten die Erfahrungen muslimischer Träger suchen, insbesondere wenn es um die spezifischen Bedürfnisse muslimischer Jugendlicher geht. Derartige Kooperationen tragen Impulse und Know-how für die fachliche Qualifizierung in die Organisationen. Diese Kooperationen sollten sowohl hinsichtlich der Bestimmung der Ziele und Inhalte als auch hinsichtlich der Verteilung der Ressourcen partnerschaftlich und gleichberechtigt angelegt sein.



Hinsichtlich des Extremismusvorbehaltes...

Informationen von Seiten des Verfassungsschutzes zu extremistischen Bestrebungen bei muslimischen Organisationen müssen berücksichtigt werden, sollten aber nicht die ausschließliche Quelle der Beurteilung sein.

Die muslimischen Organisationen sind nicht monolithisch strukturiert. Unterschiede existieren nicht nur zwischen den unterschiedlichen muslimischen Verbänden. Es existiert auch eine große Varianz zwischen Gemeinden innerhalb eines Verbandes bzw. einer Dachorganisation. Kontaktaufnahme oder Kooperationen mit einzelnen Gemeinden sollten deshalb immer auch als Einzelfall mit jeweils spezifischen Rahmenbedingungen betrachtet werden.

Gerade durch den Aufbau von Kontakten und deren Pflege können die demokratischen Kräfte gestärkt werden. Das pädagogische Feld könnte hier als Experimentierfeld betrachtet werden, in dem eine Fehlertoleranz nötig und möglich ist (Miksch / Bilgin 2011, S. 8).

Wie sich muslimische Jugendliche entwickeln und wie sie unsere Demokratie erleben, hängt auch davon ab, wie die muslimische Jugendarbeit unterstützt wird.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen, in der gerade auch muslimische Gemeinden durch Radikalisierungsprozesse bei Jugendlichen betroffen sind, kann ihre Stärkung ein wichtiger Bestandteil in der Präventionsarbeit gegen islamisch-konnotierte, menschen- und demokratiefeindliche Radikalisierungen von jungen Menschen sein.

Literatur:

Brettfeld, Karin / Wetzels, Peter (2007). *Muslime in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt – Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie.* Berlin

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.) (2010). *Bundesweites Integrationsprogramm – Angebote der Integrationsförderung in Deutschland – Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung.* Nürnberg

Bundschuh, Stephan / Jagusch, Birgit / Mai, Hanna (2009). *Facebook, Fun und Ramadan – Lebenswelten muslimischer Jugendliche.* IDA – Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e. V.

Charchira, Samy (2013). *Moscheegemeinden zum Träger sozialer Arbeit.* <https://www.freitag.de/autoren/charchira/moscheegemeinden-zum-traeger-sozialer-arbeit>

Halm, Dirk / Sauer, Martina / Schmidt, Jana / Sticks, Anja (2012). *Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Forschungsbericht 13.* Herausgegeben vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg

Hamdan, Hussein / Schmid, Hansjörg (2014). *Junge Muslime als Partner.* Weinheim und Basel

Landesjugendamt Rheinland (2009). *Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe.* Köln

Miksch, Jürgen / Bilgin, Yasar (2011). *Muslimische Jugendarbeit fördern.* http://www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/11_04_27_BD_IKR_Muslim_Jugend.pdf

Schmid, Hansjörg /Almila, Ayse Akca/ Klaus Barwig (2008). *Gesellschaft gemeinsam gestalten – Islamische Vereinigungen als Partner.* Baden-Baden

Ziehe, Fabian (2014). *Studie: Trend zur Bildung neuer islamischer Jugendgruppen im Südwesten.* http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/ueberregional/baden-wuerttemberg_artikel,-Studie-Trend-zur-Bildung-neuer-islamischer-Jugendgruppen-im-Suedwesten-_arid,274390.html

¹ *Gute Anregungen und Impulse für die Umsetzung von Öffnungsprozessen liefern u. a.:*

Das „Projekt Ö“ bzw. „Projekt Ö2 – Beratung von Jugendringen in Prozessen interkultureller Öffnung“ in Nordrhein-Westfalen. Es wird vom Landesjugendring Nordrhein-Westfalen und seinen Kooperationspartnern, den kommunalen Jugendringen Bochum, Siegen und Wuppertal, durchgeführt.

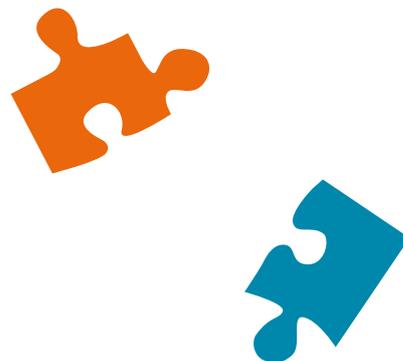
Oder aktuell das Projekt „Partizipation – Bildung – Integration“ der Landesjugendringe Berlin und Hamburg, das Migrant_innenjugendselbstorganisationen bedarfsorientiert unterstützt, stabile Verbandsstrukturen aufzubauen, fortzuentwickeln und/oder zu verstetigen. Weitere Projektziele bestehen darin, die Strukturen der Landesjugendringe auf ihre Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche mit Migrationshintergrund und MJSO zu überprüfen, um diese zu optimieren, sowie die Jugendverbände in ihren individuellen Prozessen der interkulturellen Öffnung zu begleiten und zu unterstützen.

Das Projekt „Muslimische Gemeinden als kommunale Akteure“, das vom Goethe-Institut in Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung umgesetzt wird, hat, die Qualifizierung von Gemeindeverantwortlichen in den Bereichen Sprachförderung und Gemeinwesenarbeit zum Ziel.

Ein Blick aus der Praxis der Muslimischen Jugend in Deutschland

Die Muslimische Jugend in Deutschland e. V. (MJD) ist seit mehr als 20 Jahren die einzige ausschließlich deutschsprachige Organisation von und für muslimische Jugendliche in der Bundesrepublik. Die MJD bringt muslimische Jugendliche zusammen und lädt sie dazu ein, den Islam so zu praktizieren, dass er ihrem Leben in Deutschland gerecht wird. Die MJD fordert die Jugendlichen auf, sich als produktive und integrierte Mitglieder der Gesellschaft aktiv einzusetzen und hilft auch jungen Muslim_innen, die sich im Alltag, in der Schule, der Ausbildung, bei der Arbeit oder im Studium Problemen und Vorurteilen ausgesetzt sehen. Ein besonderes Anliegen für die MJD sind Kooperationen mit anderen religiösen und gesellschaftlichen Organisationen. Als Vertreter_innen der zweiten und dritten Generation von jungen Muslim_innen in Deutschland hat die MJD im Besonderen die Möglichkeit, den Dialog unterschiedlicher Religionen, Nationalitäten und Kulturen aufzubauen und zu vertiefen. Besonders relevant ist für die MJD, über den Islam aufzuklären, das verzerrte Bild des Islams in der Öffentlichkeit zu verbessern und authentische Informationen über den Islam und das Leben der Muslime in Deutschland bereitzustellen.

Die Haltung der MJD zur freiheitlich demokratischen Grundordnung ist eindeutig. Das Bekenntnis zu den demokratischen Grundprinzipien, zur rechtsstaatlichen Ordnung und zur absoluten Gewaltfreiheit gehört zum Selbstverständnis des Jugendverbands. Dennoch wird die MJD – als Ergebnis politisch und gesellschaftlich einseitig geführter Diskurse – häufig mit Vorurteilen und mangelnder Anerkennung konfrontiert; ein Umstand, der auch Einfluss auf die strukturelle Entwicklung und die Entfaltung des potentiellen Wirkungsbereichs des Verbands nimmt. Zur Überwindung dieser Grenzen arbeitet die MJD mit verschiedenen Kooperationspartner_innen fest zusammen – das sind z. B. die Landesjugendringe, der Deutsche Bundesjugendring, die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (AEJ) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).



Workshop: Integrationshilfe für junge Migrant_innen

MERDJAN JAKUPOV UND PATRICK BIELER, AMARO FORO E. V.

GUILLERMO RUIZ TORRES, SOZIALFABRIK

MODERATION: JULIANE MARQUARDT, JUGENDBUND DJO-DEUTSCHER REGENBOGEN,
LANDESVERBAND BERLIN E. V.

GUILLERMO RUIZ TORRES

Förderung / Hindernis der Teilhabe von Migrant_innenjugendselbstorganisationen am Beispiel von Maßnahmen zu Sinti und Roma

Guillermo Ruiz Torres, Sozialfabrik

Die Sozialfabrik betreibt Forschungsprojekte und Politikanalyse, um zu einer wirksameren Politikgestaltung beizutragen, und führt Seminare der politischen Bildung und der Förderung des interkulturellen Dialogs durch. Forschungsschwerpunkte der Sozialfabrik sind die Themen Migration, soziale Eingliederung, soziale Ungleichheit, Minderheiten (insbes. Sinti und Roma). Guillermo Ruiz Torres promoviert derzeit an der FU Berlin.

In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, welche institutionellen Rahmenbedingungen die Teilhabe von MJSO fördern bzw. hindern, am Beispiel von Maßnahmen, die an Sinti und Roma adressiert sind.

Der Berliner Roma-Aktionsplan

Die Berliner Landesregierung verfügt über eine Stelle im Geschäftsbereich der Beauftragten für Integration und Migration, die auf Sinti und Roma, insbesondere aber auf Roma-Zuwanderer_innen ausgerichtete Programme entwickelt, implementiert und koordiniert. Der „Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung

ausländischer Roma“ wurde am 19. Juli 2013 vom Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedet und ist am 1. Januar 2014 wirksam geworden.

Der Berliner Aktionsplan muss im Zusammenhang mit der Rahmenstrategie der EU zur sozialen Eingliederung der Roma, die im Jahr 2011 durch den Ministerrat des Europäischen Rates beschlossen wurde, betrachtet werden. Durch die EU-Rahmenstrategie werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, nationale Rahmenstrategien zur sozialen Eingliederung der Roma zu entwerfen und umzusetzen. Die Kontrolle der Mitgliedsstaaten durch Institutionen der EU bei der Umsetzung der EU-Rahmenstrategie bleibt bei der Devise „*shaming by naming*“. Das heißt, fehler-



haftes bzw. unzureichendes Handeln einzelner Mitgliedsstaaten wird bloß bemängelt, im schlimmsten Fall kritisiert, ohne dass es jedoch Konsequenzen hat. Das hat dazu geführt, dass die nationalen Strategien weit hinter den Erwartungen der Roma-Communities geblieben sind. Deutschland hat beispielsweise keine Strategie entwickelt und bloß eine Auflistung existierender Maßnahmen veröffentlicht, die angeblich auf die soziale Eingliederung von Sinti und Roma abzielen sollten. Dennoch stellt die EU-Rahmenstrategie eine Möglichkeit dar, die Sinti und Roma nutzen könnten, um Einfluss auf Politik und Maßnahmen zu nehmen, die ihre Communities betreffen.

Der Berliner Aktionsplan hat für die Jahre 2014 und 2015 ein Budget von 12 Millionen Euro und umfasst eine Reihe von Maßnahmen, deren Fokus auf Bildung, Gesundheit, Wohnen, Jugend, Gemeinschaftsbildung und Integration liegt. Drei Organisationen der Roma werden finanziell unterstützt, um besondere Aufgaben innerhalb des Aktionsplans auszuführen. Organisationen der Roma haben den Berliner Aktionsplan begrüßt, da er gezielte Maßnahmen wie die Einrichtung von Beratungsbüros, Sprachvermittlung, Maßnahmen zur Umsetzung von Empowerment-Strategien, Gemeinschaftsbildung sowie die Dokumentation romafeindlicher Vorfälle unterstützt.

Gleichzeitig wurden jedoch einzelne Punkte des Aktionsplans kritisiert. Die Kritik bezog sich auf unzureichende Konsultationsverfahren mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Prozess zur Verteilung finanzieller Ressourcen, die Ambivalenz der Zielsetzung und die Ethnisierung bestimmter Interventionsfelder. So wurden beispielsweise getrennte Schulklassen für Roma aus Rumänien und Bulgarien eingerichtet. Verschiedene Roma-Organisationen, so auch Amaro Foro, waren der Auffassung, dass

Maßnahmen dieser Art Segregation und romafeindliche Stereotypen verfestigen.

Die Maßnahmen im Bereich Jugend wurden nicht mit den Berliner Roma-Organisationen abgesprochen. Amaro Foro erhält beispielsweise eine geringe Finanzierung, durch die ihr Jugendprogramm unterstützt wird. Die Berliner Roma-Organisationen führen auf ehrenamtlicher Basis den Hauptteil der Aktivitäten mit Jugendlichen durch. Dennoch bietet der Roma-Aktionsplan des Berliner Senats einen Rahmen an, auf den Roma-Organisationen sich beziehen können, um eine stärkere Unterstützung ihrer Jugendprogramme zu fordern.



Schlussbetrachtungen

Die Einrichtung eines Berliner Aktionsplans zur Miteinbeziehung ausländischer Roma und ihr Zusammenhang mit der Roma-EU-Strategie zeigen, dass EU-Prozesse einen Vorschub auf Ent-

wicklungen auf nationaler bzw. lokaler Ebene leisten können. MJSO können sich auf EU-Prozesse beziehen, um Maßnahmen auf lokaler Ebene voranzutreiben. Von Nutzen kann auch der Bezug auf Erfahrungen in anderen Ländern sein. MJSO können von Praktiken in anderen Ländern lernen und sie als Beispiele in ihrer Advocacy-Tätigkeit gegenüber den Behörden nutzen. In diesem Sinne ist es nützlich, einen Blick auf Modelle der Migrations- und Integrationspolitik in anderen EU Ländern zu werfen¹.

Advocacy kann die Arbeit mit Jugend- und Migrant_innenorganisationen stärken, indem sie gezielt versuchen, Einfluss auf die Politik und Verwaltung zu nehmen. Dabei sollte auf das Gleichgewicht zwischen Kritik und Vorschläge zur Politikgestaltung geachtet werden. Für Politik und Verwaltung muss aber gelten, dass Design und Umsetzung von Maßnahmen in Kooperation mit den Communities entwickelt werden sollten. Politikmaßnahmen, die auf junge Migrant_innen abzielen, sollten ihre gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen der Gesellschaft unterstützen; es dürfen keine separaten Bereiche für sie geschaffen werden.

Die Förderung von MJSO sollte institutionell und nicht projektbezogen sein. Die Förderung nach Projekten erschwert eine nachhaltige Arbeit. MJSO brauchen oft Unterstützung bei ihrer Organisationsentwicklung. Finanzmittel zu diesem Zweck werden in der Regel nicht bereitgestellt. Das hat oft negative Folgen auf ihr Handlungspotential.

Finanzielle Unterstützung darf aber nicht dazu führen, dass die



MJSO politisch abhängig von öffentlichen Stellen werden und dass sie Aufgaben erfüllen, die Verwaltung und Politik zustehen: Kooptierung und Ausnutzen der zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen vermieden werden.



¹ In Frankreich sollten alle Bürger_innen gleich behandelt werden. Offiziell werden keine zielgerichteten Maßnahmen für Migrant_innen durchgeführt; diese werden aber trotzdem unter dem Mantel der Sozialpolitik umgesetzt. In Großbritannien besteht eine stärkere Anerkennung von Minderheiten; es werden zielgerichtete Programme je nach spezifischer Migrant_innengruppe umgesetzt. Politik zu Ethnizität, Vielfalt und soziale Eingliederung sind nicht Teil der Migrationspolitik. In Spanien werden allgemeine und zielgerichtete Programme umgesetzt. Es gibt eine stärkere Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, als Folge entstehen wirksamere Maßnahmen; negative Konsequenzen bestehen im Verlust des kritischen Potentials, Kooptierung der Zivilgesellschaft. In Deutschland gibt es zielgerichtete Maßnahmen für Migrant_innen, aber nicht zu Sinti und Roma, zumindest nicht offiziell. De facto sind Sinti und Roma allerdings die Zielgruppe bestimmter Maßnahmen.

MERDJAN JAKUPOV UND PATRICK BIELER

Ein Blick aus der Praxis von Amaro Foro e. V.

Amaro Foro e. V. heißt „Unsere Stadt“ und ist der Landesverband von Amaro Drom e. V.

Amaro Foro e. V. ist ein interkultureller Jugendverband von Roma und Nicht-Roma mit dem Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen, aktive Bürger_innen zu werden. Als junge Roma und Nicht-Roma übernehmen wir gemeinsam Verantwortung für Achtung und gegenseitigen Respekt in der Gesellschaft. Die Arbeit des Verbands soll insbesondere dazu beitragen, dass sich die Kinder und Jugendlichen zu kritikfähigen, verantwortungsbewussten, Verantwortung übernehmenden und bewusst handelnden Mitbürger_innen unserer Gesellschaft entwickeln können. Voraussetzung dafür ist eine Erziehungsarbeit, die den Menschen in seiner Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt. Amaro Foro e. V. ist auf Internationaler Ebene mit dem Roma Jugendnetzwerk „ternYpe“ vernetzt, sowie mit dem „PhirenAmenca“-Netzwerk von Roma und Nicht-Roma Freiwilligen und Freiwilligendienstorganisationen. Amaro Foro e. V. ist Mitglied im Jugendbund djo-Deutscher Regenbogen Landesverband Berlin e.V, anerkannter Träger der Jugendhilfe.

Amaro Foro e. V. engagiert sich gegen Antiziganismus im Rahmen von Seminaren und Workshops sowie Fachvorträgen, aber auch durch politisches Engagement in Gremien, der Presse und der breiten Öffentlichkeit.

Amaro Foro e. V. bietet im Rahmen des Kinderprogramms für zugezogene Kinder im Grundschulalter täglich kostenfreie körperliche, soziale, emotionale und intellektuelle Förderung an. Der Verband arbeitet hauptsächlich mit Jugendlichen / jungen Erwachsenen, hilft diesen bei der Reflexion und im Umgang mit Diskriminierungserfahrungen und fördert das Potenzial der Jugendlichen durch Stärken ihres Selbstbewusstseins, durch Orientierung des Angebots der Jugendarbeit an den Bedürfnissen der Jugendlichen sowie durch Unterstützung der Jugendlichen im Bereich politischer Partizipation und (Mit-)Bestimmung. Darüber hinaus offeriert der Verband praktische Unterstützung im sozialen Bereich durch folgende Projekte:

- Soziale Beratung mit Sprachmittlung auf Bulgarisch, Rumänisch und Romanes im Rahmen des Projekts „Anlaufstelle für europäische Roma – Konfliktintervention gegen Antiziganismus“
- Unterstützung von Bildungseinrichtungen
- Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation
- Maßnahmen zur Stärkung der Roma-Community

Die Projektarbeit von Amaro Foro e. V. wird durch die Berliner Senatsverwaltung gefördert. Durch diese Unterstützung können zwar Personalstellen zur Umsetzung der Arbeit finanziert werden, allerdings sind die spezifischen Förderprogramme nicht immer an die Realität einer basisorientierten Jugendverbandsarbeit angepasst. Die häufige Ausrichtung der Programme auf eine explizite Zielgruppe ist in der Praxis nur schwer zu gewährleisten und fordert die Projektträger wiederholt dazu auf, Personengruppen auszuschließen; so schließen z. B. Programme, die die Unterstützung von EU-Bürger_innen oder Drittstaatenangehörige fördern, nahezu immer die Arbeit mit Flüchtenden oder mit Menschen ohne gesichertem Aufenthaltsstatus aus. Hinzu kommt, dass eine Förderung schließlich auch die Inhalte der Verbandsarbeit (mit)bestimmt. Diese Inhalte bewegen sich immer mehr hin zum politischen Themenfeld / Aufgabenbereich der Integration – andere Bedürfnisse der Mitglieder und Adressat_innen von Amaro Foro e. V. müssen so aber häufig unberücksichtigt bleiben.

Zur Umsetzung einer nachhaltigen Jugendverbandsarbeit benötigen Verbände sowohl zur Koordinierung der Arbeit als auch als Anlaufstelle für die Adressat_innen ihrer Angebote vor allem eine Geschäftsstelle bzw. einen Standort ihres Verbands – und dementsprechend eine gesicherte Finanzierung der Verbandsarbeit.

Workshop: Engagement und Kompetenz – MJSO in der Antidiskriminierungsarbeit

EVÎN KOFLI, KOMCIWAN – KURDISCHER KINDER- UND JUGENDVEREIN BERLIN E. V.

DR. MELISA SALAZAR UND AKINOLA FAMSON, BDB E. V.

MODERATION: IRAN JAWADI, JUGENDBUND DJO-DEUTSCHER REGENBOGEN,

LANDESVERBAND BERLIN E. V.

DR. MELISA SALAZAR UND AKINOLA FAMSON

Diskriminierung: Was ist Diskriminierung? Was kann man gegen Diskriminierung tun?

Dr. Melisa Salazar und Akinola Famson, Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Dr. Melisa Salazar ist promovierte Sozialwissenschaftlerin, Akinola Famson ist Trainer in den Bereichen Interkulturelle Kommunikation und Demokratieerziehung und Kulturbeauftragter der Nigerianischen Gesellschaft in Berlin. Die Angebote des BDB e. V. in den Handlungsfeldern Beratung, Training und Bildung, Lobbyarbeit und Vernetzung werden von den Mitarbeiter_innen, sofern organisatorisch möglich, in transkultureller und genderparitätischer Zusammensetzung durchgeführt.

Der Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland (BDB) e. V. ist ein selbstorganisierter Verein, der seit 1996 besteht und sich zum Ziel setzt, Ausgrenzung und Diskriminierung in der Gesellschaft zu überwinden. BDB e. V. hat folgende Arbeitsschwerpunkte:

- Beratung und Begleitung für Menschen, die von Diskriminierung und Rassismus betroffen sind;
- Bildung und Trainings;

- Forschung und Publikationen;
- Vernetzung und Lobbyarbeit.

1. Diskriminierung: Eine allgemeine Definition

Es gibt viele Definitionen von Diskriminierung. Wir präsentieren eine Definition, die unserem Vereinsverständnis zugrunde liegt.

Im Lateinischen gibt es den Begriff *discrimen*. Dieser Begriff beinhaltet viele Bedeutungen, die noch immer relevant sind für das heutige Verständnis. Er bedeutet Abstand, Entfernung, Unterschied, Unterscheidung, aber auch Entscheidungskampf, Krise, Gefahr, Bedrängnis.

Bei einer Diskriminierung handelt es sich also um eine Unterscheidung, durch die bestimmte Personen oder Gruppen von Personen ausgeschlossen oder benachteiligt werden. Diskriminierung ist also jegliche Ausgrenzung und jeglicher Ausschluss oder Ausschlussversuch vom Zugang zu Ressourcen, Dienstleistungen und Rechten aufgrund bestimmter veränderbarer und nicht-veränderbarer Merkmale.



behandlungsgesetz (AGG), das Gesetz, das entwickelt wurde, explizit um Diskriminierung in Deutschland zu verbieten, erkennt z.B. hauptsächlich nur die Diskriminierungen an, die nicht im Zusammenhang mit öffentlichen Stellen stattfinden, und erkennt nur Ungleichbehandlungen aufgrund folgender Merkmale / eines der folgenden Merkmale rechtlich als Diskriminierung an:

- ethnischer Hintergrund
- Religion oder Weltanschauung
- Geschlecht
- Behinderung
- Alter
- Sexuelle Identität

2. Formen der Diskriminierung

Wir sprechen von drei Hauptkategorien von Diskriminierung: *Alltagsdiskriminierung*, *strukturelle/formalisierte Diskriminierung* und *explizite Gewalt*. Darunter gibt es viele weitere Unterformen von Diskriminierung.

Alltagsdiskriminierung

- **Nicht-Beachtung** aufgrund von Annahmen über Zugehörigkeit, d.h. die Isolation oder Vermeidung von Leuten, die als anders wahrgenommen werden.

In juristischen Definitionen ist meist von einer „ungerechtfertigten Ungleichbehandlung“ die Rede, die bestimmte Personen schlechter stellt als andere. Bei dieser juristischen Definition ist es eben die Frage, wann eine Ungleichbehandlung ungerechtfertigt wird. Man kann aus vielen Gründen und in vielen Zusammenhängen diskriminiert werden, aber nicht jeder Vorfall wird rechtlich als Diskriminierung anerkannt. Das Allgemeine Gleich-

- **Diskursiver Ausschluss:** wenn im alltäglichen oder medialen Diskurs Menschen aufgrund von Annahmen über Zugehörigkeit ausgeschlossen werden.
- **Impliziter Ausschluss:** z.B. wenn Medien-Diskussionen über „Wir Deutsche“ reden, offensichtlich aber nur Weiße Deutsche meinen
- **Expliziter Ausschluss:** z.B. wenn ein schwarzer Mann, der in Deutschland geboren ist, gefragt wird: „Du bist aber doch kein Deutscher. Woher kommst du?“
- **Stereotypisierte Witze:** Hiermit sind die nicht unbedingt intendierten Beleidigungen gemeint, die als Humor getarnt oder gemeint sind – mit dem üblichen Zusatz: „War doch nicht so gemeint.“
- **Erhöhte Verdächtigungen** gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund

Strukturelle/Formalisierte Diskriminierung

- **Informell:** Wenn Personen aufgrund ihrer eigenen Stereotype bestimmten Menschen den Zugang zur gleichen Bildung, Unterhaltung, Wohnungen, Arbeitsmarkt, sozialen Leistungen, politischen Rechten erschweren.
- **Formal:** Wenn Gesetze und Regelungen diese Zugänge erschweren
- **Gesetzlicher Ausschluss (im Raum):** Bestimmten Gruppen wird nicht erlaubt, nach Deutschland einzureisen, z.B. zum Familienbesuch oder Urlaub.
Dies schließt aber auch die Begrenzung der Bewegungsfreiheit im Land ein, z.B. die Residenzpflicht für Flüchtlinge oder die forcierte Ghettoisierung während des Nationalsozialismus.

Explizite Gewalt

- explizite Beleidigungen
- Angriffe
- versuchter Mord
- Krieg / Völkermord

Eskalationspyramide

Wir verstehen diese Formen von Diskriminierung nicht als lose, unabhängige Phänomene, sondern als miteinander in Zusammenhang stehend – als Teil von einer Eskalationspyramide. Die scheinbar „harmloseren“ Alltagsrassismen finden viel häufiger statt als Formen von formalisiertem/strukturellem Rassismus und diese wiederum häufiger als Vorfälle expliziter Gewalt.

Allerdings ist es so, dass man niemals Fälle von Gewalt sieht, wo diese anderen Formen von Diskriminierung nicht vorher existierten. Die Mitglieder des NSU sahen ihre Arbeit als begründet und legitimiert an durch die viel häufiger auftretende staatliche und alltagsrassistische Diskriminierung in Deutschland, die insbesondere durch die Medien verbreitet wird. Sie sahen sich als die Vollstrecker_innen der öffentlichen Ressentiments.

Auch die Tatsache, dass Menschen viel mehr Probleme haben, eine Wohnung zu bekommen, wenn sie einen Migrationshintergrund haben, hat mit den Verdächtigungen und mit dem expliziten Ausschluss von Menschen in alltäglichen Situationen zu tun.

Die unterschiedlichen Formen von Diskriminierungen stehen miteinander in Zusammenhang, und es ist wichtig, die vermeintlich „harmlosen“ Formen von Diskriminierung eben nicht zu verharmlosen, weil sie den Boden vorbereiten für die anderen Formen.

3. Einige Strategien/Interventionen gegen Diskriminierung

- **Beratung:** psycho-soziale Beratung mit einer Vielzahl an Interventionsstrategien, persönlicher Austausch
- **Briefe** an die Menschen, die in einem Diskriminierungsfall involviert sind bzw. Gespräche mit ihnen führen, um Lösungen zu entwickeln
- **Aktionen**, z.B. Demonstrationen, Flashmobs, Mobile Beratung, Straßentheater
- **Netzwerke** bilden, Mitstreiter_innen finden für die eigenen Interventionen
- **Öffentlichkeitsarbeit:** Flyer, Broschüre, Einträge in den Medien/Kampagnen in großen oder sozialen Medien, Pressemitteilungen

- **Präventionstrainings:** mit Menschen in Verantwortungspositionen, z.B. Trainings mit Polizei, Verwaltung, Multiplikator_innen in Schulen, mit Schüler_innen selbst
- **Empowerment-Trainings:** Trainings, die Betroffene informieren, ihnen aber auch die Möglichkeit geben, sich zu wehren
- **Lobbyarbeit:** Verbreitung dieser Inhalte auf politischer Ebene
- **Gerichtsverfahren** einleiten – das könnte z.B. ein Ergebnis von einer Rechtsberatung sein, wozu es in vielen Fällen jedoch nicht kommt: Einerseits greift das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz nur in sehr wenigen Fällen, und es ist schwierig, die Beweislast zu erbringen. Andererseits wollen die meisten Leute nicht die zeitliche, finanzielle und emotionale Last eines rechtlichen Weges auf sich nehmen oder fürchten sich vor weiteren Konsequenzen, z.B. dem Jobverlust.



Literatur:

Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit (Hg.) (2007). „Diskriminierung erkennen und handeln!“ Ein Handbuch für die Antidiskriminierungsarbeit in Brandenburg auf der Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). http://www.bdb-germany.de/download/Handbuch_Diskriminierung.pdf

Hieronymous, Andreas (2007). „Diskriminierung erkennen und handeln! Ein Handbuch für Beratungsstellen und MigrantInnenorganisationen auf der Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes“ (AGG). http://www.bdb-germany.de/download/Handbuch_Diskriminierung.pdf

Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) (Hg.) (2013) Antidiskriminierung in der Praxis. Die Standards für eine Antidiskriminierungsberatung ausbuchstabierte. http://www.antidiskriminierung.org/files/Antidiskriminierungsberatung_in_der_Praxis.pdf

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG). <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/agg/gesamt.pdf>

KOMCIWAN ist eine Vereinigung kurdischer und nicht-kurdischer Kinder und Jugendlicher, die andere Kinder und Jugendliche mit ihrem sozialen und politischen Engagement erreichen und mitnehmen will. Der Verein charakterisiert sich durch seine demokratische, überparteiliche, gewaltfreie und antirassistische Haltung.

KOMCIWAN besteht als eine der ältesten MJSO seit 1988. Gründungsmitglieder waren engagierte junge Erwachsene, die entweder selbst Flüchtlinge aus Kurdistan oder Kinder von kurdischen Flüchtlingen oder von Arbeitsmigrant_innen waren. Sie haben sich aufgrund ihrer persönlichen und politischen Erfahrungen in ihrer Heimat zum Ziel gesetzt, ihre kulturelle, sprachliche und politische Identität zu schützen und weiterzupflegen.

KOMCIWAN unterstützt und fördert die Partizipation in der Gesellschaft sowie die Wahrnehmung von Realitäten und gleichzeitig die Anerkennung von Kurd_innen als eigene Volksgruppe in Deutschland. Die Pflege der kurdischen Kultur und Sprache ist ein wichtiger Bestandteil für die Selbststärkung von Identitäten, was sich wiederum positiv auf die gesamte Gesellschaft auswirkt.

KOMCIWAN ist Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche, Kooperationspartner für MJSO und andere Jugendverbände, Vermittler zwischen Kinder- und Elterngenerationen und leistet wichtige Öffentlichkeitsarbeit. Ein besonderes Anliegen ist es, minorisierte Jugendliche zu politischer Partizipation zu bewegen.

Der Leitgedanke der Antidiskriminierungsarbeit von KOMCIWAN e. V. basiert vor allem darauf, dass die Engagierten des Verbands sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene diversitätsbewusst arbeiten möchten.

Folgende Ansätze sind in der alltäglichen Verbandspraxis zu finden:

- Empowerment Betroffener: Beratung und Unterstützung von jungen Menschen, die Diskriminierungserfahrungen erlebt haben
- Workshops zum Thema “Homophobie” (mit Glad e. V.) und regelmäßige Thematisierung in Sitzungen und Diskussionen, in denen heteronormative Ansichten und Konzepte hinterfragt und gemeinsam reflektiert werden
- Engagement gegen Vorurteile gegenüber Roma (Begegnung mit Amaro Foro e.V.)

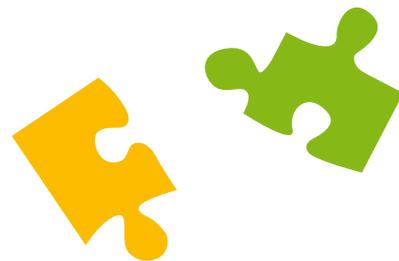
Die Engagierten aus dem Verband haben hohe Anforderungen an sich bei der Entwicklung einer diversitätsbewussten Perspektive. Das ist insbesondere auf die Biografie der Mitglieder zurückzuführen, die als Engagierte in einem Jugendverband mit kurdischem Hintergrund sehr früh Erfahrungen mit intersektioneller bzw. Mehrfachdiskriminierung gemacht haben. Die Rolle des Verbands als Interessenvertretung von Jugendlichen mit (eigener oder familiärer) Zuwanderungsgeschichte wird jedoch häufig in Frage gestellt. Als kurdischer Verband wird ihnen zusätzlich Misstrauen entgegen gebracht – insbesondere dieser Umstand wirkt sich hinderlich auf Kooperationen mit Schulen aus, in der der Verband eine wichtige Anlaufstelle für Angebote einer diversitätsbewussten und auch parteilichen Antidiskriminierungsarbeit sieht.

KOMCIWAN arbeitet auf der Berliner Landesebene rein ehrenamtlich. Die Verstetigung und die Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsarbeit im Verband ist daher nur schwer zu verwirklichen. KOMCIWAN sieht folgende Handlungsbedarfe zum Aufbau des gemeinsamen Engagements für ein diskriminierungsfreies Zusammenleben und zur Verbesserung einer verzahnten Antidiskriminierungsarbeit:

- Förderung der Teilhabe von MJSO an Arbeits- und Entscheidungsprozessen, Gremien, Fachkreisen und Steuerungsgruppen



- Vernetzung von MJSO mit Schulen, Jugendämtern, Antidiskriminierungsstellen und Behörden → Anerkennung von MJSO als Kooperationspartner_innen
- regelmäßige Antidiskriminierungstrainings im öffentlichen Dienst
- stärkere Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit in Schulen
- Einrichtung von altersangepassten Antidiskriminierungs-/Beratungsstellen
- Unterstützung der Jugendverbandsarbeit durch Multiplikator_innenschulungen, Fortbildungen für ehrenamtliche Jugendliche



Workshop: MJSO als politische Interessenvertretungen und Akteure interkultureller Jugendarbeit

ECE YILDIRIM, JUGEND- UND KULTURGEMEINSCHAFT BERLIN E. V., UND PINAR KABA,
DIDF-JUGEND BERLIN

YASMINE CHEHATA, FH KÖLN

MODERATION: MARION KLEINSORGE, LANDESJUGENDRING BERLIN

YASMINE CHEHATA

MJSO als politische Interessenvertretung und Akteure (interkultureller) Jugendarbeit

Yasmine Chehata, FH Köln

Dipl.-Sozialarbeiterin, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Praxisforschung und Lehre zu den Feldern der Jugendarbeit, Internationalen Jugendarbeit, politischen Bildung und zu Freiwilligendiensten im Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung an der Fachhochschule Köln. Expertisen zu Lebenswelten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Jugendarbeit, internationaler Jugendarbeit, interkultureller Öffnung der Jugendverbandsarbeit, (europäische) Jugendpolitik. Yasmine Chehata ist derzeit Kollegiatin im Promotionskolleg „Leben im transformierten Sozialstaat“ an der FH Köln.

Die folgenden Ausführungen¹ orientieren sich entlang von zwei Feststellungen:

1. Ziel eines an der Realität einer Migrationsgesellschaft gemessenen Jugendarbeitssystems muss es sein, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte durch Anerkennung und Qualifizierung ihrer Vereine und Verbände zu fördern, ohne sie auf interkulturelle Jugendarbeit einzugrenzen.
2. Migrant_innenjugendselbstorganisationen bzw. Vereine und Verbände junger Menschen mit Migrationshintergrund (MJSO/VJM) sind bisher weitgehend von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und ihre Leistungen werden nur marginal oder in Problematisierungsfragen wahrgenommen. Sie müssen in einer positivistischen Überhöhung als gute Beispiele sogenannter integrierter Migrant_innen erhalten oder werden auf ihre Brückenfunktion zwischen „Zugewanderten“ und Mehrheitsgesellschaft verwiesen. Die Ursachen sind vor

allem zu sehen in der Verengung der politischen Wahrnehmung von MJSO/VJM auf integrationspolitische Fragen.

Das Recht auf Selbstorganisation – MJSO/VJM als zivilgesellschaftliche Akteure

Die Jugendarbeit definiert die Selbstbestimmung als zentrale Maxime ihrer Arbeit. Sie ermöglicht den Jugendlichen auch das Recht auf Unsichtbarkeit und De-Thematisierung ebenso wie Thematisierung „ihrer“ Herkunft. Dieses Recht auf Selbstbestimmung bezieht sich immer auch auf das Recht sich nach ethnischen, internationalen oder wertorientierten Kriterien in Vereinen oder Verbänden zusammenzuschließen.

In den letzten Jahren hat sich eine vielfältige und lebendige Szene von Jugendverbänden entwickelt, die von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte gegründet, geleitet und genutzt werden. Die VJM-Datenbank des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) zählt zum Ende des Jahres 2013 rund „370 Einträge“ (Drücker 2013). Das inhaltliche Spektrum der MJSO/VJM ist entsprechend breit und sie repräsentieren viele Herkunftsländer von Migrant_innen. Die Aktivitäten und Angebote der MJSO/VJM sind ausdifferenziert (vgl. Jagusch 2011). Auch wenn sich MJSO/VJM vorwiegend aus Jugendlichen mit gleichen „Hintergründen“ zusammensetzen, spielen die Herkunftsländer in der Orientierung ihrer Jugendarbeit eine nachgeordnete Rolle. Die zentrale Orientierung der Verbände ist das Leben der Jugendlichen in Deutschland. Der Alltag der Jugendlichen und die Themen, die ihnen in ihren Lebensrealitäten wichtig sind, sind die relevanten Referenzrahmen der MJSO/VJM in Deutschland.

Öffentliche Anerkennung von MJSO/VJM

Das Engagement von MJSO/VJM wird in der öffentlichen und politischen Diskussion unterschiedlich bewertet. Die Frage, ob Selbstorganisationen von Menschen mit Migrationsgeschichte eine isolierende oder integrative Wirkung haben, wurde insbesondere in den 1980er Jahren stark diskutiert und hielt die folgenden Jahrzehnte an. Dies scheint sich mittlerweile mehrheitlich in der Einschätzung zugunsten einer sogenannten positiven Wirkung von MJSO/VJM auf Integrationsprozesse gewendet zu haben.

Das bürgerschaftliche Engagement von MJSO/VJM erfährt seine Anerkennung in der öffentlichen Debatte vor allem durch den Hinweis auf ihr „Integrationspotenzial“ oder durch den Zusatz, dass sie beispielsweise „bedeutende zivilgesellschaftliche Akteure sind, die gerade für Neuzugewanderte eine wichtige Brückenfunktion haben“ (BAMF 2013)² und damit eine wichtige „Lotsenfunktion“ im Integrationsprozess übernehmen. Die defizitorientierte Funktionalisierung von MJSO/VJM als Integrationslotsen oder Brückengebilde zwischen sogenannter „Mehrheitsgesellschaft und Migrant_innen“ wird ihrer Breite und in großen Teilen ihrem Selbstverständnis nicht gerecht. Hier gilt es, diese Vereine und Verbände als zentrale Sozialisationsinstanzen und Gelegenheitsstrukturen für junge Menschen im Allgemeinen ernst zu nehmen.

Damit könnte man positiv konstatieren, dass sich ein Wandel in der Beurteilung der Rolle von MJSO/VJM von der Defizit- zur Ressourcenperspektive abzeichnet.

Bei aller Berücksichtigung dieser positiven Tendenzen in der Anerkennung von MJSO/VJM möchte ich aber darauf hinweisen, dass weiterhin Misstrauen und Vorbehalte gegenüber Selbstorganisationen von Menschen mit Migrationsgeschichte fortbestehen.

Recht auf Anerkennung als Interessenvertretung

Vereine und Verbände von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind Ausdruck des hohen Engagements von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte. Ein zentraler Anspruch auf Anerkennung als Interessenvertretung besteht im Recht auf Selbstorganisation. Aus diesem Grund steht die Bedeutung von MJSO/VJM für die Jugendlichen selbst sowie die Notwendigkeit ihrer Anerkennung als Interessenvertretung und jugendpolitische Akteure durch die Unterstützung struktureller Teilhabe im Mittelpunkt des Beitrags.

Die Frage der Anerkennung von MJSO/VJM wurde in den letzten Jahren vor allem unter dem Stichwort der Interkulturellen Öffnung des verbandlichen Jugendarbeitssystems in Deutschland verhandelt.³ Interkulturelle Öffnung hat gleiche Partizipationschancen von Jugendlichen mit und ohne Migrationsgeschichte in allen Bereichen, Ebenen und Funktionen einer Organisation zum Ziel. Auf jugendpolitischer Ebene bezieht sich Interkulturelle Öffnung in der (verbandlichen) Jugendarbeit auf die Öffnung der

Jugendhilfesystematik, also der Strukturen der Jugendhilfe für MJSO/VJM. Dies verweist auf die strukturelle Schiefelage zwischen MJSO/VJM als wichtige zivilgesellschaftliche Akteure mit hohem Engagement und einem strukturell stark ausdifferenzierten und geschlossenen sogenannten „deutschen“ Jugendverbandssystem. In Fragen Interkultureller Öffnung geht es damit darum, das Vergabesystem und die jugendpolitischen Vertretungsinstitutionen der verbandlichen Jugendarbeit – als ein zentrales jugendpädagogisches und jugendpolitisches Feld – auf vorhandene Barrieren zu überprüfen und in der Konsequenz zu verändern.

So betrachtet, greift der Begriff der Interkulturellen Öffnung nicht weit genug und er droht eher die wesentlichen Faktoren einzuzengen, nämlich:

1. die Notwendigkeit der institutionellen Einbindung von MJSO/VJM in Netzwerke, die finanzielle Förderung der Vereine und Verbände, die Anerkennung als jugendpolitische Akteure und
2. die Berücksichtigung der MJSO/VJM bei der stetigen Weiterentwicklung der Konzepte der Jugendarbeit und Jugendbildung im Sinne einer „Pluralität als Normalität“ (vgl. BJK 2008).

Die fehlende Anerkennung durch fehlende strukturelle Teilhabe im Fördersystem der verbandlichen Jugendarbeit ist ein wichtiges und zentrales Anliegen. Wir dürfen allerdings nicht dem Irrtum unterliegen, dass damit die Frage der Barrieren von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte in unserer Gesellschaft allein darüber aufzulösen oder zu kompensieren sei. Dies würde die generellen Teilhabebarrrieren und Ungleichheitsfragen, wie sozio-strukturelle Hindernisse, Segregation, Rassismus- und Ausgrenzungserfahrungen, die in Deutschland existieren und die Teilhabe von Menschen erschweren oder verhindern, überdecken. Die geringeren Teilhabemöglichkeiten einiger Milieus ist daher weiterhin als sozialstrukturelles und gesellschaftspolitisches Problem zu thematisieren und anzugehen.

Trotz geringerer Gelegenheitsstrukturen in Deutschland, die die Entwicklung einer Migrationsgesellschaft unberücksichtigt ließen, hat sich ein engagiertes Netz von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte aufgebaut.

Die Analysen von Birgit Jagusch in ihrer Dissertation verdeutlichen, dass es bei den Jugendlichen trotz der vielfältigen Erfah-



rungen mit Rassismus oder Ausgrenzung nicht zu einer Resignation oder zum Rückzug kommt, sondern vielfältige Strategien der Bewältigung und der Veränderung gesucht werden, bei deren Entwicklung die Vereine wertvolle Hilfestellung leisten (vgl. Jagusch 2011).

Das bedeutet aus meiner Sicht auch, dass die Arbeit der MJSO/VJM, als Akteure der Jugendarbeit, anzuerkennen ist und damit auch ihre Expertise fachlich-konzeptionell in die Weiterentwicklung einer bundesdeutschen Kinder- und Jugendarbeit insgesamt einzubringen ist. Die Fokussierung auf interkulturelle Jugendarbeit wäre aus meiner Sicht eine Verengung der Arbeit.

Strukturelle Teilhabe von MJSO/VJM als ein wichtiger Schritt der Anerkennung

Einige MJSO/VJM bauen ihre Strukturen trotzdem, aber unter hohem Einsatz, aus und etablieren sich in den Netzwerken der Jugendverbandsarbeit.

Es zeigt sich, dass es in den letzten Jahren zwar einigen MJSO/VJM

gelingen ist, am System der Jugendarbeit Anteil zu nehmen, aber weiterhin Anstrengungen notwendig sind, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu erreichen und die erzielten Erfolge zu verfestigen und nicht zu Leuchtturmprojekten verkommen zu lassen. Innerhalb von Projektförderungen ist dies meines Erachtens nicht einzulösen. Der Übergang der Vereine vom Sonderbereich der Migration und Integration in den Bereich der Sozialen Arbeit, des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Jugendarbeit wird damit angestrebt und ist für mich das wichtigste Ziel dieser Initiativen.

Das Ziel muss es weiterhin sein, auf Länder- oder Bundesebene – wie bereits in einigen Fällen gelungen – eine formelle Anerkennung von MJSO/VJM als Jugendverband zu erhalten. Damit wird das Anrecht auf entsprechende finanzielle Mittel und Partizipation am jugendpolitischen System erlangt und ist Ausdruck, ein anerkannter Teil der Dominanzgesellschaft zu sein. Dies bietet die große Chance freiwilliges und ehrenamtliches Engagement systematisch einzubinden, jugendpolitisch in ihrer Gestaltungskraft wirksam werden zu lassen und die Mitgestaltungsmöglichkeiten von jungen Menschen in Deutschland ernsthaft voran zu bringen.

Aus einer grundsätzlichen Perspektive kann damit die Sonderstellung der MJSO/VJM in der aktuellen Diskussion somit nur als zeitlich befristetes Projekt angesehen werden. Durch ein „Überwechseln“ aus dem Migrationsbereich in den jugendpolitischen Bereich als anerkannte Interessenvertretungen der Jugendlichen wäre die finanzielle Unterstützung nach den dort vorhandenen Maximen zu gewährleisten. In meinen Augen kann auch nur darüber gesichert werden, dass sich die Weiterentwicklung der deutschen Kinder- und Jugendarbeit an der Realität einer pluralen Gesellschaft misst und – wie Franz Hamburger (2009) in seinem Buch titelt – Abschied nehmen kann von einer Interkulturellen Pädagogik.

¹ Die Ausführungen des Beitrags finden sich in ausführlicher Form in Chehata, Yasmine (2015). „Und sie engagieren sich doch.“ – Engagement von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihren Vereinen und Verbänden anerkennen. In: Thimmel/Chehata (Hg.). *Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft. Praxisforschung zur Interkulturellen Öffnung in kritisch-reflexiver Perspektive*. Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts

² Vgl. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Dossiers/DE/mo-tagung-2013.html?docId=3831760¬First=true> (letzter Zugriff: 10.07.2014).

³ Die Online-Datenbank zur Interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsarbeit des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA e. V.) führt aktuell über 180 Projekte, Konzepte und Ansätze der Interkulturellen Öffnung von Jugendverbänden auf.



Literatur:

Bundesjugendkuratorium (2008). Pluralität ist Normalität für Kinder und Jugendliche. Vernachlässigte Aspekte und problematische Verkürzungen im Integrationsdiskurs. Stellungnahme unter: http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/2007-2009/bjk_2008_1_stellungnahme_migration.pdf (13.01.2015)

Drücker, Ansgar (2013). Die interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit. Bestandsaufnahme und Erfahrungen aus Projekten. Reader für Multiplikator_innen der Jugend- und Bildungsarbeit. Düsseldorf

Hamburger, Franz (2009). Abschied von der Interkulturellen Pädagogik. Plädoyer für einen Wandel sozialpädagogischer Konzepte. Juventa Verlag. Weinheim

Jagusch, Birgit (2011). Praxen der Anerkennung. Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts.

Thimmel, Andreas / Chehata, Yasmine (Hg.) (2015). Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft. Praxisforschung zur Interkulturellen Öffnung in kritisch-reflexiver Perspektive. Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts

Ein Blick aus der Praxis von JuK e. V. und der DIDF-Jugend Berlin

Die Jugend- und Kulturgemeinschaft Berlin e. V. (JuK) wurde 1978 gegründet und adressiert seitdem Angebote der Jugend(verbands)arbeit an Jugendliche verschiedener Herkunft zwischen 14 und 27 Jahren. Die JuK arbeitet nahezu ausschließlich ehrenamtlich.

Die 35-jährige gesellschaftliche Entwicklung und Veränderung brachte auch eine neue Generation, deren Denk- und Verhaltensweisen sowie Eigenschaften ganz andere sind als die ihrer Vorgängergenerationen. Dementsprechend haben sich einige Probleme aufgelöst, andere sind neu entstanden. Aber leider haben sich die Probleme, Widersprüche und Bedürfnisse der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die hier geboren bzw. zugewandert sind und hier sozialisiert wurden, in den Bereichen Arbeit, Bildung und Soziales nicht aufgelöst. Die Integration der Jugendlichen in jeglichen Bereiche der Gesellschaft, in der sie leben, ist heute immer noch ein Problem, zu deren Überwindung JuK e. V. beitragen möchte.

JuK e. V. fördert mit ihren Angeboten das Miteinander unter den Jugendlichen, die interkulturellen Kompetenzen, die berufliche Orientierung und Chancen sowie Kreativität und Eigeninitiative, Toleranz und den interkulturellen Austausch zwischen jungen Menschen verschiedener Herkunft.

Mit ihrem Engagement möchte JuK e. V. den gesellschaftlichen Integrationsprozess der eigenen Zielgruppe unterstützen, das soziale Engagement und die Motivation zur aktiven Teilnahme an Organisationen und Projekten stärken und somit einen positiven Beitrag zum friedlichen und solidarischen Zusammenleben in Berlin leisten.

Die **DIDF-Jugend Berlin** ist eine im Jahr 1996 gegründete MJSO. Obwohl ein Großteil ihrer Mitglieder in zweiter oder dritter Generation aus der Türkei stammt, sieht sich die DIDF-Jugend nicht ausschließlich als Interessensvertretung von aus der Türkei stammenden Jugendlichen. Denn die DIDF-Jugend ist der Überzeugung, dass in wesentlichen Lebensbereichen die Sorgen und Nöte, aber auch Interessen von Jugendlichen mit und ohne (familiärer) Zuwanderungsgeschichte die gleichen sind. Häufig ist nur der Grad der Betroffenheit unterschiedlich. Deshalb setzt

sich der Verband für die Interessen aller jungen Menschen ein – unabhängig von ihrer ethnischen, religiösen und kulturellen Herkunft.

Da junge Menschen mit (familiärer) Zuwanderungsgeschichte schwerer Zugang zu gesellschaftspolitischen und demokratischen Prozessen finden, sieht es die DIDF-Jugend als ihre Aufgabe, eine Brücke zwischen ihnen und der Dominanzgesellschaft zu spannen und jungen Menschen gleichberechtigte Partizipation





an gesellschaftspolitischen Prozessen innerhalb und außerhalb ihrer Verbandsstrukturen zu ermöglichen.

Die DIDF-Jugend fördert die Jugend- und Integrationsarbeit, die Völkerverständigung und Friedensbewegung. Der Verband setzt sich kritisch mit Fragen zur Bildungspolitik, Arbeitswelt, Krieg und Frieden, Integration, Nationalismus und Rassismus auseinander. Die Angebote der DIDF-Jugend erstrecken sich vom gesellschaftspolitischen Engagement über Stadtteilarbeit und der außerschulischen Bildungsarbeit bis hin zu Kulturveranstaltungen, Sport- und Freizeitaktivitäten, Gruppenfahrten und Zeltlagern. Die Zusammenarbeit mit etablierten Verbänden, Schüler_innenvertretungen, Friedensinitiativen, Vertreter_innen aus der Wissenschaft und Gewerkschaften ist für die DIDF-Jugend besonders wichtig.

MJSO sind Jugendverbände, die insbesondere die Interessen von jungen Menschen mit (familiärer) Zuwanderungsgeschichte vertreten. Neben den spezifischen verbandlichen Zielen (wie z.B. konfessionelle oder solidarische Interessen) widmen sich MJSO vor allem der Aufgabe, aufmerksam zu machen auf weiterhin und weithin bestehende gesellschaftliche Ungleichheit und alltägliche Ausgrenzungserfahrungen für Menschen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte.

Für ihr Engagement erhalten die Verbände zwar häufig verbale Anerkennung – weitere Unterstützung, insbesondere durch materielle Förderung, bleibt dennoch in den meisten Fällen aus. Neben finanzieller Anerkennung / Förderung vermissen die

Verbände bislang auch die fachliche und politische Anerkennung. Obgleich MJSO relevante zivilgesellschaftliche und jugendpolitische Akteure sind, werden sie noch immer nicht in politische Entscheidungsprozesse miteinbezogen. Als weiterer negativer Aspekt wurde herausgestellt, dass MJSO und deren Mitglieder unter einem grundsätzlichen Legitimationsdruck stehen und die Notwendigkeit der Verbände und ihre positive Wirkung generell infrage gestellt wird.

Als wesentliche und dringende Handlungsansätze ergeben sich daher vor allem

- die Erhöhung der Präsenz von MJSO,
- die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit MJSO,
- die Abbildung gesellschaftlicher Diversität insbesondere im öffentlichen Dienst,
- die ideelle wie materielle Unterstützung von MJSO,
- die stärkere Vernetzung von Jugendverbänden.



**„Nicht über uns, sondern mit uns!“
Unterstützung, Anerkennung und mehr Einfluss auf politische
Entscheidungsprozesse für MJSO**



„Nicht über uns, sondern mit uns!“ – Unterstützung, Anerkennung und mehr Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse für MJSO

MJSO sind Interessenvertretungen junger Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte, die sich für ihre soziale, politische und gesellschaftliche Gleichstellung einsetzen. Ihr Ziel ist es, Partizipationsmöglichkeiten für alle Jugendlichen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern.

MJSO leisten in ihrer alltäglichen Arbeit einen stetigen Beitrag dafür, eine Gesellschaft zu formen, die Gleichberechtigung, Freiheit und die Gewährleistung demokratischer Grundrechte für alle Bevölkerungsmitglieder bietet. Vor allem stellen sie jedoch wichtige Akteur_innen dar, die die Stimmen vieler bündeln und denen es gelingt, Interessen zu artikulieren, die sonst ungehört bleiben.

Insbesondere in Fällen von ethnischer Diskriminierung und Ausgrenzungen aufgrund von Ressentiments, struktureller und institutioneller Ungleichbehandlungen und rechtlicher / juristischer Umstände sind MJSO für Jugendliche mit (eigener oder familiärer) Zuwanderungsgeschichte eine wichtige Anlaufstelle, obgleich die Verbände selbst häufig Ziel insbesondere institutioneller Diskriminierung und Marginalisierung sind. MJSO vertreten die Interessen ihrer Mitglieder vor dem Hintergrund widriger Rahmenbedingungen, die die Handlungsfähigkeit der Verbände einschränken. Auch die fehlende verstetigte Förderung und die mangelnde Wahrnehmung ihrer Kompetenz, ihrer Expertise und ihrer Relevanz für die Etablierung eines inklusiven Verständnisses von Gesellschaft beeinträchtigen das Wirkungsfeld der MJSO und hindern sie im Ausbau ihrer Verbandsstrukturen.

Der Zusammenschluss von Berliner MJSO fordert daher eine strukturelle Förderung der Verbandsarbeit, Akzeptanz und Anerkennung für das gesellschaftliche Engagement der Verbände und eine deutliche Positionierung der Berliner Politik und Verwaltung für eine diskriminierungsfreie Stadt – insbesondere auf institutioneller Ebene.

Im Rahmen des Fachtags „Es ist extrem wichtig, dass wir hier sind“ – MJSO im Spannungsfeld von hohem Engagement und geringer Anerkennung“ präsentierten drei Vertreter_innen des MJSO-Netzwerks diese Forderungen als Statements und diskutierten sie anschließend mit dem Publikum.



Aktive Positionierung des Landes Berlin gegen Diskriminierung und Rassismus

EIN STATEMENT VON IRAN JAWADI, JUGENDBUND DJO-DEUTSCHER REGENBOGEN,
LANDESVERBAND BERLIN E. V.

MJSO sind relevante jugendpolitische und zivilgesellschaftliche Akteure in der Jugendverbandsarbeit. Insbesondere für Jugendliche mit (eigener oder familiärer) Zuwanderungsgeschichte sind die Verbände darüber hinaus eine wichtige Anlaufstelle in Fällen von Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen – die sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene geschehen. Doch auch MJSO selbst sind häufig Ziel – insbesondere institutioneller – Diskriminierung und Marginalisierung: Die Legitimation von MJSO als Interessenvertretung für Jugendliche mit (eigener oder familiärer) Zuwanderungsgeschichte wird häufig infrage gestellt, die Leistung und Relevanz der Verbände wird häufig noch nicht anerkannt.

Vor allem sind es jedoch gesellschaftlich tief verwurzelte Ressentiments, strukturelle und institutionelle Ungleichbehandlungen sowie rechtliche und juristische Umstände, die einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenleben entgegenstehen.

MJSO setzen sich mit Ihrer Verbandsarbeit aktiv dafür ein, eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu formen – indem sie Diskriminierungen klar benennen, offen kritisieren und immer wieder auf die diskriminierenden Strukturen aufmerksam machen, die es zu beseitigen gilt.

Doch dafür benötigen wir Ihre Unterstützung.

Zur Vermeidung von Rassismus, Diskriminierung und diskriminierenden Strukturen ist unseres Erachtens die Entwicklung zielorientierter rechtlicher Strategien notwendig. Ein Schritt besteht in der grundlegenden Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, des AGG. Dazu gehören die Einrichtung eines AGG auf Landesebene und – vor allem für uns als MJSO von besonderer Relevanz – die Möglichkeit der Verbandsklage.

Überdies fordern wir die Einrichtung einer Antirassismus-Klausel in der Berliner Landesverfassung nach Vorbild des Landes Brandenburg. Dort heißt es seit dem 22. November 2013: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt

der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“ (Landesverfassung Brandenburg, Artikel 2 Absatz 1 Satz 2).

Im öffentlichen Dienst muss gesellschaftliche Diversität abgebildet werden. Dazu ist es unerlässlich, Chancengleichheit in Bildung, Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt herzustellen und Zugangsbarrieren gezielt abzubauen.

Nicht zuletzt fordern wir die Anerkennung unseres Engagements und unserer Verbände als Interessenvertretungen. Durch unser Engagement und unseren direkten Zugang zur Basis, zu den Lebenswelten junger Menschen mit (eigener und familiärer) Zuwanderungsgeschichte, haben wir ein Expert_innenwissen, mit dem wir an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen partizipieren wollen – und sollten.

Wir fordern die Berliner Politik und Verwaltung daher auf, sich deutlich für eine diskriminierungsfreie Stadt zu positionieren und MJSO in ihrem Engagement gegen Diskriminierung zu unterstützen.



Einbezug von MJSO als Expert_innen in politische Entscheidungsprozesse

EIN STATEMENT VON PATRICK BIELER, EHRENAMTLICH ENGAGIERT BEI AMARO FORO E. V.,
VORSTANDSMITGLIED VON AMARO DROM E. V.

Ich trete heute als Vertreter unseres Berliner Landesverbandes Amaro Foro e. V. für die stärkere Anerkennung von MJSO und deren Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse ein, da sie einen wichtigen Beitrag leisten zur gesamtgesellschaftlichen Integrationsarbeit, bislang aber deutlich unterrepräsentiert sind.

Aus meiner und unserer alltäglichen Arbeit kann ich Ihnen bestätigen, dass es zu wenig Wissen über die Existenz unserer Organisationen gibt und noch weniger über die von uns tatsächlich geleistete Arbeit. Nach wie vor werden wir nicht ernst genommen, sondern als „kleine Ableger“ von migrantischen Erwachsenenverbänden betrachtet. Keine einzige MJSO ist in einem jugend- oder integrationspolitischen Ausschuss auf Bundes- oder auf Landesebene vertreten.

MJSO sollten für die Leistungen ihrer Arbeit anerkannt werden. Ich wünsche mir, dass Fachinteressierte uns vermehrt schätzen lernen und wir von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen werden. MJSO sollten als auf ihrem jeweiligen Gebiet kompetente Akteure betrachtet und als Experten auf den Gebieten Jugend- und Integrationspolitik angefragt werden.

Die Erhöhung der Sichtbarkeit von MJSO in der Politik sowie der Gesellschaft kann nur gelingen, wenn sie unterstützt werden bei der Verbesserung und Verbreitung ihrer Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel durch Einladungen zu Fachtagungen oder durch Qualifizierungsmaßnahmen.

Außerdem ist es dringend notwendig, MJSO in die jugend- und integrationspolitischen Ausschüsse auf Bezirks- und Landesebene aufzunehmen. Nur so ist es möglich, sie in politisch relevante Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Nehmen Sie uns ernst und geben Sie uns eine Chance, unsere Qualitäten zu beweisen!



Finanzielle Anerkennung und institutionelle Förderung für das Engagement von MJSO

EIN STATEMENT VON BASTIAN RAST, BUNDESKASSENWART VON YOUNG VOICE TGD

In meiner Funktion als Bundeskassenwart der Jugendmigrant_innenorganisation Young Voice TGD führe ich die Haushaltsgeschäfte von Young Voice und kümmere mich auch um Drittmittelakquise in unserem Verband.

Dabei stoße ich regelmäßig auf bürokratische Vorgaben – bspw. bei der Erstellung von Abrechnungen – und auf Antragsverfahren, die bei etablierten Vereinen von hauptamtlichen Beschäftigten erledigt werden. Meine zeitlichen Ressourcen als Ehrenamtlicher nehmen diese sehr stark in Anspruch und schränken dadurch unsere Beteiligungsmöglichkeiten als Verein ein.

Bei allem Verständnis für bürokratische Notwendigkeiten, ist es jedoch für einen Verein mit ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen kaum möglich, dieses Dickicht zu bewältigen und neben etablierten Vereinen mit hauptamtlichen Mitarbeiter_innen zu bestehen. Auch dies schränkt unsere Beteiligungsmöglichkeiten stark ein.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schreibt in seiner Veröffentlichung vom 14. Januar 2013 zum Thema „Strukturförderung von Migrantenorganisationen auf Bundesebene“, dass das Bundesministerium des Inneren das Ziel verfolgt, Migrant_innenorganisationen bei ihrer Professionalisierung zu unterstützen und sie langfristig als Kooperationspartner zu stärken. Dennoch hat im letzten Jahr keine Jugendmigrant_innenorganisation den Zuschlag für eine institutionelle Förderung erhalten.

Aber eben diese projektunabhängige Förderung würde es Jugendmigrant_innenorganisationen erlauben, stärker als bislang, als Partner und Mittler – insbesondere im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements – aufzutreten.
Ehrenamt braucht Hauptamt!

Feste Strukturen zur Koordination und zur Professionalisierung der Vereinsaktivitäten und zur Organisationsentwicklung sind notwendig.

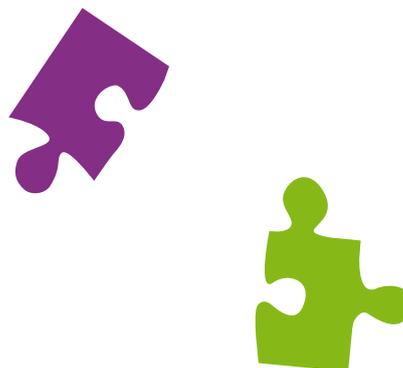
Diese ließen sich über eine mehrjährige strukturelle Förderung von Jugendmigrant_innenorganisationen realisieren. Denn Jugendmigrant_innenorganisationen können einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt, zur Gerechtigkeit sowie zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft leisten – wenn sie denn die nötigen Ressourcen haben würden.

Wir fordern Sie daher auf, unserem Engagement mehr finanzielle Anerkennung zuteilwerden zu lassen und die institutionelle Förderung für Jugendmigrant_innenorganisationen einzuführen!

Ausblick

Die Stärkung von MJSO und ihrer Mitglieder und ihr Einbezug in politische Entscheidungsprozesse ermöglichen es, Interessen und Perspektiven einen Raum zu geben, die bislang nicht oder nur unzureichend repräsentiert werden. MJSO tragen in erheblichem Maße dazu bei, Kindern und Jugendlichen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte eine Positionierung in der Gesellschaft zu ermöglichen. Mit der Stärkung und Anerkennung von MJSO und durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit ihnen gelingt es, auch die Bevölkerungsgruppen zu erreichen und zu vertreten, die durch individuelle Handlungen sowie rechtliche und institutionelle Strukturen bislang marginalisiert wurden. MJSO leisten einen relevanten und direkten Beitrag zur Demokratieerziehung und -bildung von Kindern und Jugendlichen und stellen ein starkes Gegengewicht zu anderen, gegenwärtig an Präsenz gewinnenden Tendenzen dar.

Der Zusammenschluss von Berliner MJSO und der Landesjugendring Berlin werden sich daher weiterhin gemeinsam für die Stärkung und Förderung des Engagements junger Menschen mit und ohne (eigener oder familiärer) Zuwanderungsgeschichte und zur Etablierung eines inklusiven Gesellschaftsbildes einsetzen.



Impressum

Herausgeber: Landesjugendring Berlin e. V., www.ljrberlin.de

Layout & Satz: Janina Trhal, www.janina-trhal.de

Fotos: Daniela Nikitenko

Druck: Laserline, Berlin

Auflage: 1000

Redaktion: Jaqueline Kauka

Verantwortlich: Tilmann Weickmann, Landesjugendring Berlin e. V.

Berlin im Februar 2015